

# **Sozialismus**

## **oder Barbarei**

**Zeitschrift der Gruppe Internationaler SozialistInnen Nr. 24 1 Euro**

**Stilllegung aller Atomkraftwerke  
durch Stilllegung der herrschenden Klasse!**



**Inhalt: Von Hiroshima bis Fukushima - Revolten in der arabischen Welt - eine Krise der kapitalistischen Welt - Libyenkrise: Der Imperialismus bereitet weitere "demokratische" Bombardierungen vor - Italienische und immigrierte ArbeiterInnen: Eine Klasse - Ein Kampf! - Knaststreiks in den USA: Die Gefangenen des Kapitals schlagen zurück - Perspektiven einer neuen Internationale - Solidaritätsaufruf für koreanische InternationalistInnen - Die weltweite Krise erfordert den wirklichen Klassenkampf!**

| <b>Inhalt:</b>   | <b>Seite:</b> |
|--|---------------|
| <b>Stilllegung aller Atomkraftwerke durch Stilllegung der herrschenden Klasse!</b> | <b>3</b>      |
| <b>Von Hiroshima bis Fukushima</b>   | <b>4</b>      |
| <b>Revolten in der arabischen Welt – eine Krise der kapitalistischen Welt</b>      | <b>6</b>      |
| <b>Libyenkrise:</b>  |               |
| <b>Der Imperialismus bedeutet weitere „demokratische“ Bombardierungen vor</b>      | <b>7</b>      |
| <b>Italienische und immigrierte ArbeiterInnen: Eine Klasse – Ein Kampf!</b>        | <b>9</b>      |
| <b>Knaststreiks in den USA: Die Gefangenen des Kapitals schlagen zurück</b>        | <b>10</b>     |
| <b>Perspektiven einer neuen Internationale</b>                                     | <b>12</b>     |
| <b>Solidaritätsaufruf für koreanische InternationalistInnen</b>                    | <b>18</b>     |
| <b>Die weltweite Krise erfordert den wirklichen Klassenkampf</b>                   | <b>20</b>     |

Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift ist solange Eigentum der AbsenderIn, bis sie der EmpfängerIn persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der AbsenderIn unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

**Du kannst *Sozialismus oder Barbarei* abonnieren  
(12 Euro für 4 Ausgaben, Porto incl./Auslandsabo: 20 Euro)  
Kontakt zur GIS: GIS c/o Rotes Antiquariat, Rungestr. 20, 10179 Berlin,  
e-mail: [de@leftcom.org](mailto:de@leftcom.org)  
[www.gis.de.vu](http://www.gis.de.vu)**

V.i.S.d.P Petra Schneider, Albstr. 17, Steinheim

## **Wer wir sind:**

Die **Gruppe Internationaler SozialistInnen** ist ein marxistischer Diskussions- und Arbeitszusammenhang. Unser Orientierungspunkt ist die Tradition der Kommunistischen Linken, einer Strömung die frühzeitig Nationalismus und Stellvertreterpolitik bekämpft, und die Ideen des revolutionären Marxismus gleichermaßen gegen Stalinismus und Sozialdemokratie verteidigt hat. Als globales System kann der Kapitalismus nur international bekämpft und überwunden werden. Deswegen sind wir Teil der **Internationalistischen Kommunistischen Tendenz (IKT)**, einem internationalen Zusammenschluss linkskommunistischer Gruppen und Organisationen, dessen Ziel es ist durch politische Klärung, Diskussionen und Interventionen einen Beitrag für den Aufbau einer neuen kommunistischen Weltpartei zu leisten. Wir fordern alle jene, die sich mit dieser Perspektive identifizieren können auf, mit uns in Kontakt zur treten und aktiv am Kampf für den Sozialismus teilzunehmen.

## **Kontakte zur IKT:**

Britannien:

**Communist Workers` Organisation**  
BM CWO, London WC1N 3XX

Italien:

**Partito Comunista Internazionale – Battaglia Comunista**  
CP 1753, 20101, Milano, Italia

Kanada / USA:

**Internationalist Workers Group / Groupe Internationaliste Ouvrier**  
R.S. CP. 173, Succ.C, Montreal, Quebec, Canada H2L 4K1  
PO BOX 14173, Madison, WI 53708 – 0173, USA

Frankreich:

**Bilan & Perspectives**  
BP 45, 13266, Marseille, Cedex 08, France

BRD:

**Gruppe Internationaler SozialistInnen**  
GIS c/o Rotes Antiquariat, Rungestr. 20, 10179 Berlin

Website der IKT: [www.leftcom.org](http://www.leftcom.org)

Unser Blog : [www.gis.blogsport.de](http://www.gis.blogsport.de)

## **Stilllegung aller Atomkraftwerke durch Stilllegung der herrschenden Klasse!**

*„Marx sagt, die Revolutionen sind die Lokomotiven der Weltgeschichte. Aber vielleicht ist dem gänzlich anders. Vielleicht sind die Revolutionen der Griff des in diesem Zug reisenden Menschengeschlechts nach der Notbremse“ (Walter Benjamin)*

25 Jahre nach dem verheerenden Reaktorunglück von Tschernobyl steht die Welt wieder am Rande einer nuklearen Katastrophe. Damals wurde unablässig erzählt, dass alles lediglich ein „sowjetisches Problem“ sei. Die Kernkraftwerke in den westlichen Ländern mit ihrer hochmodernen Technologie seien sicher. Nun droht dem High-tech-Land Japan ein atomarer Supergau. Im Zuge des schweren Bebens kam es in 10 Atomkraftwerken zu Störfällen. Im havarierten AKW Fukushima besteht weiterhin die Gefahr einer Kernschmelze. Während sich das Management der Betreiberfirma Tepco in Krokodilstränen, Lügen und Halbwahrheiten ergeht, werden ArbeiterInnen in den sicheren Tod geschickt, um so „das schlimmste zu verhindern“. Doch was kann eigentlich noch schlimmer werden? In Sachen Informationspolitik stehen die „demokratischen“ Regierungen der des stalinistischen Regimes nach Tschernobyl jedenfalls in nichts nach. Die Nachrichten über das wirkliche Ausmaß der Reaktorkatastrophe sind widersprüchlich, wirkliche Informationen werden nur scheinbar herausgerückt. Der deutsche Wetterdienst bekam schon mal vorsorglich die Anweisung, Messergebnisse nicht mehr zu veröffentlichen. Fest steht zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur, dass große Mengen radioaktiver Strahlung ausgewichen sind. Sie ist in das Trinkwasser und die Nahrungskette eingetreten, hat weite Teile des Landes verseucht und bedroht die Gesundheit und das Leben von tausenden Menschen...

### **Der Atomwahnsinn – ein todsicheres Geschäft**

Die japanische Regierung und Atomindustrie ist für ihre Vertuschung und Verschleierung von nuklearen Störfällen berühmt und berüchtigt. Die Betreiberfirma des AKW Fukushima hat über Jahre Sicherheitsmängel verschwiegen, gelogen und Berichte gefälscht. Das Geschäft mit dem atomaren Wahnsinn ist jedoch keineswegs ein ausschließlich „japanisches Phänomen“. Angesichts des gnadenlosen Konkurrenzkampfes um Energieressourcen setzen die Herrschenden immer mehr auf das fortgesetzte Verpflanzen atomarer Zeitbomben. Weltweit befinden sich 65 neue Meiler im Bau. Über den Globus verteilt gibt es derzeit 212 Atomkraftwerke mit insgesamt 442 Atommeilern. Viele dieser Kernreaktoren befinden sich genau wie Fukushima in Erdbebengebieten. Für sich genommen ist Atomkraft wenig effizient, sehr risikoreich und daher hochgradig staatlich subven-

tioniert. Die Strahlenbelastung im Umkreis von AKWs führt erwiesenermaßen zu einer signifikanten Erhöhung von Krebserkrankungen. Jedes AKW wirft gefährlichen nuklearen Müll ab, der Gesundheit und Leben über Tausende von Jahren bedroht. Bei der Atomkraft geht es jedoch keineswegs nur um den Aspekt der Energieerzeugung. Der Entwicklung der Atomtechnologie lag von Anfang an auch ein militärisches Motiv zugrunde. Weit davon entfernt ausschließlich nur der „friedlichen Energiegewinnung“ zu dienen, eröffnete sie die Option der Herstellung und Weiterentwicklung atomwaffenfähigen Materials. Ein Reaktor vom Typ Biblis erzeugt jährlich etwa 200 kg Plutonium. Nur 5 kg reichen aus, um eine Atombombe vom Typ Hiroshima bauen zu können. Die gegenwärtige Krise hat weltweit zu einer Verschärfung der inner-imperialistischen Spannungen, neuen Kriegen und Rüstungswettläufen geführt. In diesen teils offen, teils verdeckt geführten Auseinandersetzungen konkurrierender Nationalstaaten um Macht- und Einflusszonen erweist sich nicht zuletzt die Option auf Atomwaffen als Gewähr zur Interessensdurchsetzung. Atomwaffen haben jedoch eine besondere Eigenschaft: Sie bedrohen nicht nur einzelne Gruppen von Menschen sondern die ganze Menschheit selbst. Nicht nur Japan – die ganze Welt ist ein verdammt gefährlicher Ort geworden!

### **Wer die Atommafia wirklich schlagen will sollte mit den Grünen anfangen!**

Glaubt man den Verlautbarungen von Politikern und Medien, dann hat sich die Antiatombewegung dieser Tage zu Tode gesiegt. Nach der im letzten Jahr durchgeboxten AKW-Laufzeitverlängerung gerät die Bundesregierung nun gehörig ins Eiern und verkündet wahltaktisch motiviert ein so genanntes Moratorium“ für drei Monate. Alles in allem ein Manöver, das an ihrem derzeitigen „Glaubwürdigkeitsproblem“ wenig ändern wird. Gleichzeitig stehen SPD und Grüne in den Startlöchern um sich als Garanten eines baldigen Atomausstieges in Szene zu setzen. Dabei waren gerade sie es die mit dem sog. „Atomkompromiss“ den Energiekonzernen Milliarden in den Rachen warfen. Faktisch sah das rot-grüne „Ausstiegszenario“ eine AKW-Laufzeit bis 2030 vor. Bis dahin sollte „der ungestörte Betrieb der Kernkraftwerke wie auch deren Entsorgung gewährleistet werden.“ Dieser Verpflichtung kam die rot-grüne Bundesregierung bereitwillig nach und ließ Castortransporte von gigantischen Polizeiaufgeboten

durchprügeln. Der schmutzige Deal mit der Atomlobby war zudem so vage formuliert, dass er von der schwarz-gelben Regierung mühelos kassiert werden konnte. Auch heute fordern SPD und Grüne lediglich die Abschaltung der sieben ältesten von insgesamt 17 AKWs, was sie selbstverständlich nicht daran hindert alle rhetorischen Hebel in Bewegung zu setzen, um aus der derzeitigen Anti-Atombewegung Kapital zu schlagen. Insbesondere die Grünen haben es in der Ausschlichtung und parlamentarischen Verwurstung der Anti-Atombewegung zur Perfektion gebracht und nicht unwesentlich zu ihrer Domestizierung beigetragen. Im Gegensatz zu einigen linken RomantikerInnen sehen wir das gegenwärtige Agieren der Grünen jedoch nicht als Verrat „alter Ideale“ oder gar als Abkehr vom einstigen grünen Leitmotiv „ökologisch, sozial, gewaltfrei“. „Ökologisch“ bedeutete in der Lesart der Grünen immer die kapitalistischen Ursachen von Umweltzerstörung ausblenden und die reaktionäre Utopie eines „grünen Kapitalismus“ zu propagieren. Der Begriff „sozial“ war in der grünen Programmatik immer äußerst vage, dafür aber stets nationalistisch bestimmt. Es stand in erster Linie für ihre kategorische Ablehnung sozialistischer Veränderung, ohne die die Gründung der Grünen als Mittelstandspartei gar nicht möglich gewesen wäre. Der Anspruch „gewaltfrei“ zu sein heißt nichts anderes als die Gewalt des Staates und der herrschenden Klasse zu akzeptieren, bzw. in der „Regierungsverantwortung“ mitexekutieren zu wollen. Wozu die „gewaltfreien“ Grünen diesbezüglich fähig waren, zeigte nicht zuletzt die „antifaschistisch“ bemäntelte Durchsetzung von Kriegen nach außen (Jugoslawien, Afghanistan) und der forcierte soziale Krieg gegen die Armen nach innen (Agenda 2010. Hartzgesetzgebung etc.) Genau wie SPD und Linkspartei sind die Grünen nicht ein kleineres sondern lediglich ein anderes Übel im bunten Sortiment kapitalistischer Scheinalternativen. Wirklich Veränderungen sind nicht mit sondern nur gegen diese parlamentarischen Zweckverbände zu haben.

## Von Hiroshima bis Fukushima

Das Erdbeben mit dem Tsunami, das Japan am 11. März mit einer Stärke von 8,9 auf der Richterskala getroffen hat, war bisher das schlimmste Beben, das jemals gemessen wurde. Das ganze Ausmaß der Tragödie mit tausenden Toten und hunderttausend Menschen, die obdachlos geworden sind, ist kaum zu erfassen. Doch noch bevor das nächste Nachbeben das Land erschütterte, stellte sich eine andere Frage. Der Naturkatastrophe folgte eine durch Menschenhand verursachte. Innerhalb von drei Tagen fanden mehrere Explosionen im AKW von Fukushima statt. Dies wirft die Frage der Atomkraft in Japan auf. Warum befin-

## Kapitalismus abschalten! Für die soziale Revolution weltweit!

Der gegenwärtig von den Medien propagierte und von weiten Teilen der Anti-Atombewegung akzeptierte Vorstellung von der planlosen und irrationalen Atompolitik mag etwas Tröstliches anhaften. Sie vermittelt die Vorstellung, die Atompolitik ändern zu können, ohne nach deren politischen und ökonomischen Verhältnissen zu fragen, bzw. diese Verhältnisse grundlegend ändern zu müssen. Wenn zwischen Kapitalismus und Atompolitik kein systematischer Zusammenhang bestünde, dann könnte man die Atompolitik bekämpfen ohne den Kapitalismus bekämpfen zu müssen. Daraus erwächst die Illusion durch parlamentarische Winkelzüge und öffentlichen Druck die Herrschenden zur Vernunft bringen zu können. Derartige Projektionen können jedoch angesichts der begrenzten Spielräume dieses Systems allenfalls gesellschaftlich unwirksam bleiben. Weder ein Atomausstieg noch eine Energiewende wird ohne die nachhaltige Enteignung und Entmachtung der Atomkonzerne zu haben sein. Wirkliche ökologische Veränderungen erfordern den Bruch mit den herrschenden Produktions- und Eigentumsverhältnissen, die weltweite Aufhebung der kapitalistischen Verwertungslogik. Die barbarische Dynamik des kapitalistischen Profitstrebens ist längst zu einer Fessel für die Weiterentwicklung und das Überleben der Menschheit geworden. Nur eine sozialistisch organisierte und auf die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse orientierte Gesellschaft wird die existentiellen Probleme dieses Planeten lösen können. Der Kampf für eine Gesellschaft, die der Ausbeutung von Mensch und Umwelt ein Ende setzt, ist ein langer und schwieriger Prozess. Es gibt weder Gewissheiten noch Patentrezepte. Aber letztendlich auch keine andere Alternative! Das Drama von Fukushima hat einmal mehr gezeigt, dass wir eine Welt zu verlieren haben, wenn wir uns nicht organisieren, um dem Kapitalismus Einhalt zu gebieten. **Für die staaten- und klassenlose Gesellschaft! GIS**

den sich in einem der am meisten von Erbeben gefährdeten Länder alleine 53 AKW – was Japan zur drittgrößten Atommacht macht!

Die geläufige Antwort auf diese Frage gibt David Pilling in der Financial Times vom 14. März: „In dem rohstoffarmen Land gibt es eine pathologische aber nicht ganz unverständliche Angst davor, in einer gefährlichen Welt von den Energieresourcen abgeschnitten zu werden.“

Ein einziges Tschernobyl hat weltweit zu einer Zunahme radioaktiver Strahlung und Krebserkrankungen geführt. Gegenwärtig besteht die Gefahr einer Kernschmelze in den Reaktoren von Fuku-

shima. Ebenso befinden sich noch andere AKW in der Erdbebenzone, von denen Störfälle gemeldet wurden. Die japanische Regierung und die Atomindustrie ist dafür bekannt, das Ausmaß radioaktiver Strahlen zu vertuschen und zu verschweigen. Dies war schon vor der jetzigen Katastrophe so: „Es gab schon eine Generalprobe geringeren Ausmaßes. Im Juli 2007 erschütterte ein Beben der Stärke 6.8 auf der Richterskala das große AKW Kashiwazaki-Kariwa in der Nähe von Niigata im Norden Japans. Es stellte sich damals heraus, dass die Anlage, eine der größten in der Welt, für ein Beben dieser Stärke nicht konstruiert war.“ (Financial Times vom 14.3.2011)

### **Imperialistische Ambitionen**

Japan musste sich schon immer mit dem Mangel an eigenen Rohstoffen herumschlagen. (...) Dies führte zu Japans Kriegen gegen China (1895), Russland (1905), der Besetzung Koreas (1911) und der Invasion in die Mandschurei 1931. (...) Nachdem Japan 1937 im restlichen China einmarschiert war, schnitten die USA Japan von den Ölvorräten ab. Vier Jahre kämpfte Japan weiter. Die Japanische Armee, die faktisch das Land regierte, setzte schließlich alles auf eine Karte. Sie wollte mit einem Schlag die US-Pazifikflotte ausschalten, und dann Indonesien und die pazifischen Inseln besetzen um so Zugriff auf Öl und Rohstoffe zu erhalten. Das Faktum, dass sie dabei auch das niederländische und britische Empire besiegen musste, fand in den diesbezüglichen Strategiepapieren bezeichnenderweise wenig Erwähnung. Dies war der Hintergrund des Angriffs auf Pearl Harbour am 7. Dezember 1941. Doch das Spiel ging innerhalb von sechs Monaten verloren. In der Schlacht bei Midway wurde im Juni 1942 die gesamte japanische Flugzeugträgerflotte versenkt. Die USA konnten sich nun auf die Kampfhandlungen in Europa konzentrieren, um sich dann wieder Japan zuzuwenden. Aus dieser Verzögerung ergab sich jedoch eine Komplikation. Als die USA wieder daran gingen Japan den Rest zu geben, war das Kriegsbündnis mit der Sowjetunion bereits am zerbrechen. Der US-Imperialismus machte sich Sorgen darüber, wie weit die Rote Armee in Europa schon nach Westen vorgedrungen war. Nun befürchtete Präsident Truman, dass im Falle eines Eingreifens der UdSSR in die Kriegshandlungen im Osten die Mandschurei, Korea und China in Stalins Hände fallen könnten. Wie Richard Rhodes in seinem Buch „The Making of the Atomic Bomb“ ausführte, ging es bei der Bombardierung von Hiroshima und Nagasaki weniger darum „das Leben von Amerikanern“ zu schützen, sondern einen Eintritt der UdSSR in den Krieg im Osten (der von Stalin für den 9. August 1945 angekündigt war) zu verhindern. Hiroshima wurde am 6. August bombardiert, Nagasaki am 8. August. Man könnte annehmen, dass das Vermächtnis von Hiroshima und Naga-

saki in Japan zu einer Ächtung der Atomenergie führen müsste. Doch nichts dergleichen! Nachdem Japan den Friedensvertrag mit den USA unterzeichnet und sich in den amerikanischen Machtbereich eingeordnet hatte, wurde 1951 ein Kernforschungsprogramm gestartet. Selbst als immer mehr Opfer von Hiroshima an Leukämie starben, setzte der Staat unvermindert seinen Kurs auf Atomkraft fort. Als sich Japan zu einem Kraftzentrum in der globalen Weltwirtschaft entwickelte steigerte sich der Bedarf nach Energieressourcen - und das bedeutete in der Nachkriegsära in erster Linie Öl. Japan musste 85% seines Energiebedarfs importieren und genau an diesem Punkt kam der globale kapitalistische Akkumulationszyklus 1971 zum Erliegen. In den USA führt dies zur Entkopplung des Dollars vom Goldstandard und einer Entwertung. Dies wiederum hatte eine Erhöhung des Ölpreises zufolge, da die Ölproduzenten einen massiven Rückgang ihrer Einnahmen befürchteten. Die „unsichere Energieversorgung“ wurde zu einem geflügelten Wort und ist es bis heute (man denke nur an die Rivalitäten und Auseinandersetzungen um die Energieressourcen Zentralasiens).

Mit seiner industriellen Produktion und seinem Mangel an eigenen Ressourcen war Japan diesbezüglich immer besonders anfällig. Vor diesem Hintergrund erschien der Ausweg in die Atomenergie als „vernünftige“ Alternative.

### **Eine rationale Welt?**

Doch was unter kapitalistischen Bedingungen „vernünftig“ erscheint, hält in den wenigsten Fällen einer objektiven Prüfung der Fakten stand. Wir leben in einer Welt von Nationalstaaten. Einer gefährlichen Welt, wie selbst die Financial Times zugeben muss. Sie ist gefährlich, weil sich der Kapitalismus in seiner imperialistischen Phase befindet, in der sich die Nationalstaaten (teils in verborgener Rivalität, teils im offenen Krieg) einen erbarmungslosen Kampf um die Ressourcen der Welt liefern. In einer solchen Welt mag es „vernünftig“ erscheinen, Atomkraftwerke in den erdbebengefährdetsten Gegenden der Welt zu bauen. Wir wollen hier nicht tiefer auf die Frage der Atomenergie eingehen. Eine rationale Debatte über Atomenergie ist unter diesen kapitalistischen Bedingungen kaum möglich, da sie stets von Profitabsichten und nationalistischen Bestrebungen überschattet wird. Der atomare Wahnsinn in Japan zeigt einmal mehr, dass das imperialistische System den Bedürfnissen der Menschheit entgegensteht. In einer wirklich „vernünftigen Welt“ wird es keine Nationalstaaten, imperialistische Rivalität, mörderische Kriege und die Unterordnung der Menschen unter die Profitlogik mehr geben. Diese wird jedoch erst Wirklichkeit werden, wenn die internationale ArbeiterInnenklasse daran geht, das kapitalistische System endgültig zu überwinden. (Jock)

## **Revolten in der arabischen Welt – eine Krise der kapitalistischen Welt!**

Von Tunesien über Ägypten und Libyen bis hin nach Bahrain und Jemen befindet sich die arabische Welt im Aufruhr. Es ist noch zu früh um definitiv zu sagen, wie sich diese Massenrevolten entwickeln werden. Aber eines es ist sicher – eine neue Epoche hat begonnen. Lassen wir in dieser Stelle Libyen beiseite, wo die Revolte in einen Bürgerkrieg zwischen Stämmen und rivalisierenden bürgerlichen Fraktionen umgeschlagen ist. Für die Kämpfe in den restlichen Ländern, insbesondere Tunesien und Ägypten lässt sich die ermutigende Lehre ziehen, dass scheinbar allmächtige Regimes durch Massenwiderstand zu stürzen sind. Die Kämpfe in Nordafrika haben gezeigt, dass geschlossenes und solidarisches Handeln ein verhasstes Regime überwinden kann. Angesichts der anhaltenden Gewalt der Hunderte wenn nicht sogar Tausende zum Opfer fielen, erforderte dies unglaublichen Mut und Entschlossenheit. Indem der geballten Macht des Staates widerstanden wurde, konnten zumindest Teile des Repressionsapparates neutralisiert werden. Am Ende brachte dies Jahrzehnte alte Regime zum Wanken. Diese Regime, die sich auf die finanzielle Unterstützung des Westens und teuflische Geheimdienste stützen konnten, wurden einst für unbesiegbar gehalten. Die arabischen Menschen wurden als zu passiv und unterwürfig gehalten um sie jemals ernsthaft herauszufordern. Nun haben sie gezeigt, dass ab einen gewissen Punkt jeder in der Lage ist sich zu wehren und die über Jahrzehnte aufgestaute Wut eine Massenbewegung erzeugen kann, die nicht mehr allein mit Gewalt zu stoppen ist. Wenn dies in Ländern wie Ägypten und Tunesien geschehen kann, kann dies auch überall passieren....

### **Die globale Krise**

Unsere Medien versuchen die Aufstände, die Nordafrika und den Mittleren Osten erfasst haben auf die Forderung nach „*Demokratie*“ zu reduzieren. Es stimmt, dass es den weit verbreiteten Glauben gibt, dass Demokratie zur Lösung der Alltagsprobleme beitragen könnte, aber der eigentliche Grund für den jetzigen Ausbruch der Revolten ist die globale Wirtschaftskrise. Diese hat den ArbeiterInnen in der ganzen Welt schwer zugesetzt, aber in den Ländern außerhalb der reichen Zentren des Systems ist die Lage unerträglich geworden. Nach dem kürzlichen Platzen der Immobilienblase hat man sich auf eine neue Form der Spekulation verlegt. Nun geht es um die Preise von Nahrungsmitteln, Öl und Rohstoffen. Dies hat weltweit die Kosten von Grundnahrungsmitteln und Dingen des täglichen Bedarfs spiralförmig ansteigen lassen. Angesichts der chronischen

Massenarbeitslosigkeit wurde in den arabischen Ländern einer relativ gut ausgebildeten Bevölkerung über Jahre erzählt, dass Bildung der Schlüssel für ein gutes Leben wäre. In Ländern, in denen es keine Möglichkeit einer Rotation der politischen Machthaber gibt, treten die Rolle und der Charakter des Staates deutlicher zutage. In repressiven Staaten ist die Wirtschaftskrise wesentlich schwieriger zu handhaben. Gleichwohl ist die ArbeiterInnenklasse überall mit dem gleichen Problem konfrontiert. Das weltweite kapitalistische System befindet sich in einer tiefen Krise und kann sich nur noch durch immer drakonischere Angriffe auf den Lebensstandard jener retten, die ohnehin schon in Armut leben. Überall auf der Welt, ob nun in Wisconsin oder Westeuropa, ob in Irland oder Indonesien haben die ArbeiterInnen genug von Niedriglöhnen, Preissteigerungen und chronischer Arbeitslosigkeit. Dies hat sich nicht zuletzt in den Kämpfen in Nordafrika und dem Mittleren Osten gezeigt.

### **Die ArbeiterInnenklasse hält den Schlüssel in der Hand**

Was wir in der arabischen Welt gesehen haben, ist eine klassenübergreifende Revolte der Bevölkerung. Es ist (noch) keine Revolution und ganz gewiss keine ArbeiterInnenrevolution. Gegenwärtig sind sowohl in Tunesien als auch in Ägypten die Reste des alten Staatsapparates (in Form der Armee und des Öffentlichen Dienstes) immer noch an der Macht. Dies hat seinen Grund weitestgehend darin, dass sich verschiedene Klassen (darunter ArbeiterInnen) zusammenschlossen, um einen verhassten Diktator loszuwerden. Es gab und gibt kein Programm. Die Jugend der Mittelklasse in Ägypten hofft, dass die „*Demokratie*“ ihre ökonomischen Probleme unmittelbar lösen wird. Sie glaubt, dass die Beschlagnahme des Geldes von Mubarak und seinen Gefolgsleuten eine sofortige Lösung bringen könnte.

ArbeiterInnen nahmen an den Straßendemonstrationen in großer Zahl teil, aber erst gegen Ende der Bewegung fingen sie an sich für ihre eigenen Belange einzusetzen. Sie forderten eine Vervierfachung des Mindestlohnes und in Suez, Port Said und Mahalla kam es zu Streiks.

An diesem Punkt schaltete sich der Oberste Militärat unter Hussain Tantawi ein, und servierte Mubarak ab. Sie konnten zwar die Absetzung eines Regierungschefs tolerieren, aber nicht die Bedrohung ihrer Macht und ihres Eigentums durch streikende ArbeiterInnen. So verkündeten sie die Aussetzung der Verfassung und die Auflösung des Parlaments. Angesichts der zwingenden Notwendigkeit, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen

gen, wollten sie durch ihr perfektes Timing und deutliche Worte klarmachen, dass Streiks in keiner Form geduldet werden würden. Politische Institutionen können kritisiert werden, Unmut kann geäußert werden und die Jugendlichen auf den Straße können toleriert werden, aber die ArbeiterInnenklasse muss an ihrem Platz bleiben und für Hungerlöhne und unter prekären Bedingungen weiter für die Profite des Kapitals schufteln. Den ArbeiterInnen wurden für die Zukunft Lohnerhöhungen versprochen. Sie konnten auch einige Zugeständnisse erringen wie bspw. die Entlassung verhasster Manager, aber bis jetzt haben sie kein eignes Programm entwickelt. Viele von ihnen glauben, dass die Ersetzung der korrupten Staatsgewerkschaften durch neue demokratischere ihre Probleme lösen wird. Gegenwärtig gibt es wenige Anzeichen, dass sich ArbeiterInnen eigenständig in Vollversammlungen, Streikkomitees oder Nachbarschaftsgruppen organisieren.

Gleichwohl ist die Situation noch offen. Vielen ist klar, dass sich das System nicht geändert hat, und die herrschende Klasse lediglich nach Wegen sucht, um die Ausbeutung neu zu organisieren. Den meisten ist dies jedoch nicht klar. Sie müssen verstehen, dass die „Demokratie“ eine Fata Morgana ist, solange die Ausbeutung und das kapitalistische System nicht überwunden werden. Zwischen Kapitalismus und Kommunismus gibt es keinen Mittelweg. Entweder beherrschen sie uns und beuten uns weiter aus, oder wir errichten eine neue, eine andere Gesellschaft, die auf der Befriedigung unserer Bedürfnisse basiert. Die ArbeiterInnen der ganzen Welt werden in ihren Kämpfen dieser Tatsache Rechnung tragen müssen. Und sie werden in diesen Kämpfen eine internationale Organisation mit einem eigenen Programm entwickeln müssen, um den Kampf gegen einen skrupellosen und mächtigen globalen Klassenfeind erfolgreich führen zu können.

## **Libyenkrise: Der Imperialismus bereitet weitere „demokratische“ Bombardierungen vor**

Die weltweite kapitalistische Krise hat die peripheren Volkswirtschaften des Nahen Ostens und damit auch den strategischen Zugriff auf die Öl- und Gasproduktion schwer erschüttert. Sie hat Massen von Besitzlosen in Bewegung gesetzt und gleichzeitig die Konkurrenz zwischen den imperialistischen Mächten neu entfesselt. Frankreich und Großbritannien sind zum direkten Eingreifen entschlossen, während der kleinere italienische Imperialismus Militärbasen zur Verfügung stellt und Luft- und Seestreitkräfte mobilisiert.

Es ist immer noch zu früh eine endgültige Bewertung der Ereignisse in Libyen vorzunehmen, da die Lage nach wie vor unübersichtlich ist. Gleichwohl liegt auf der Hand, dass bis jetzt nichts anderes beschlossen wurde als eine Eskalation in Richtung einer Militärintervention des westlichen Imperialismus, unter dem üblichen Deckmantel einer „humanitären Intervention“. Die Tage des Obersten mögen gezählt sein. Angesichts seiner unermüdlichen Verteidigung und der Notwendigkeit verlorenes Terrain (und besonders die Erdölfelder) zurückzuerobern, hat die internationale kapitalistische Gemeinschaft alle juristischen (Internationales Kriegsverbrechertribunal), wirtschaftlichen (Embargo, Sanktionen, Einfrieren von Auslandsvermögen) und politischen Waffen, wie die UN Resolution 1973 aufgeföhren, die eine Flugverbotszone über ganz Libyen vorsieht. Dies sind die Prämissen für eine voll entfaltete Militärintervention, die je nach den taktischen Notwendigkeiten aus der Luft, zur See und auf dem Boden ausgeführt wird.

Nichtsdestotrotz können wir drei unmittelbare Betrachtungen anstellen:

Erstens: Die Revolte in Benghazi und anderen Städten von Cyrenaica und einigen Gegenden südlich von Tripolis hat das aufgezwungene Kräfteverhältnis zwischen Gaddafis und anderen libyschen Stämmen, die sich 40 Jahre der politischen und ökonomischen Diktatur des Obersten unterordnen mussten, aufgebrochen. Davon zeugt auch die Forderung nach Unabhängigkeit, die von der Stammesbourgeoisie von Cyrenica und Fezzan erhoben wurde, die niemals wirklich befriedet werden konnte. Sie sind versessen darauf, die Öleinnahmen eigenständig zu kontrollieren, was bis vor wenigen Wochen das Vorrecht des „grünen“ Diktators war. Es ist kein Zufall, dass die ersten Proteste im Osten des Landes ausbrachen, wo sich eine provisorische Regierung bildete. Sie hat die Aufgabe die Kontrolle der Ölfelder und ihre Nutzung und Ausbeutung durch internationale Firmen zu sichern. Die vorherige Stabilität basierte vorrangig auf Gewalt. Gaddafi und seine Söhne hatten die uneingeschränkte Kontrolle über die Armee, die Polizei und die Luftwaffe. Sie kontrollierten aber auch die Ölquellen und das Management der nationalen Öl- und Gasunternehmen. Aus diesen Öleinnahmen gaben sie Gelder an verbündete und untergeordnete Stammesführer ab, je nachdem ob diese politisch nützlich oder aber zu einer potentiellen Gefahr für die Herrschaft der „Rais“ werden konnten. Diese Arrangements sind nun aufgehoben. Die größeren Stämme wie die Warfalla, die das Gebiet südlich von Tripolis kontrollieren, haben sich bereits früher aufgelehnt. 1993 inmitten des internationalen Embargos nach der Lockerbie-Affäre unternahmen sie den Versuch eines Staatsstreichs. Dieser wurde von Gad-

dafi brutal niedergeschlagen. Dutzende wurden öffentlich von Erschießungskommandos exekutiert und über 200 ins Gefängnis geworfen. Die Zuwayya, die im Gebiet zwischen Tripolis und Beghazi leben, die Misurata und die Abu Llail, die das Gebiet der Ölpipelines im Osten von Cyrenica kontrollieren, ergriffen die Initiative um an der Spitze der öffentlichen Proteste dem über 40 Jahre währenden Spiel ein Ende zu setzen. Alle größeren Stämme verfügen nun über Milizen und kleinere Vorräte an leichten Waffen aus Kasernen und Armeedepots, die sie zu Beginn der Revolte angegriffen hatten. Gegenwärtig scheint die libysche Krise das Ausmaß eines Bürgerkrieges zwischen Stämmen oder vielmehr bürgerlichen Fraktionen anzunehmen, die um die ökonomische und politische Kontrolle eines Landes kämpfen, welches nach Nigeria der zweite Erdölexporteur Afrikas ist, und diesbezüglich weltweit an zwölfter Stelle steht.

Die zweite Betrachtung betrifft die Möglichkeit eines Bruchs des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses im energiereichen Mittleren Osten und den daraus folgenden Konsequenzen. Es kommt nicht von ungefähr, dass die USA mit Unterstützungen Frankreichs und Großbritanniens eine UN-Resolution vorgeschlagen haben. Sie wollen so sicherstellen, dass sie das Risiko einer Intervention in Libyen nicht alleine tragen. Die Imperialisten machen sich nicht nur über die Zukunft der libyschen Öl- und Gasvorkommen Sorgen. Diese sind wichtig, aber in der internationalen Energieverteilung nicht entscheidend. Was ihnen wirklich ernsthaft Sorge bereitet, ist eine Ausdehnung der Krise auf die ganze arabische Halbinsel. Der Wind der Revolte durchbläst Jemen, Oman und Bahrain in gefährlicher Nähe zu Saudi-Arabien, dem größten Öllieferanten der USA. Wenn Riad vom Sturm ergriffen würde, könnte dies zu einer Situation führen, der nicht mehr einfach nur durch militärische Manöver, psychologische Abschreckung und politischen Druck beizukommen wäre. Wenn es um die Öllieferungen des Nahen Ostens geht, hört jeder Spaß auf. Der US-Imperialismus hat bereits zwei noch längst nicht beendete Kriege angezettelt und führt einen energischen Kampf um den Handel und Transport des schwarzen Goldes von Zentralasien zu den Küsten des Mittelmeers zu sichern. In Anbetracht einer kritischen Situation in den Häfen Arabiens wird er nicht zögern seine militärische Macht weiter auszuspielen. Vorläufig haben sich die USA darauf verlegt abzuwarten. Aber auch China, das gegenwärtig in Niger, Nigeria, im Sudan und im Tschad sehr präsent ist, wird nicht einfach nur zusehen. Gleichzeitig sind Hunderttausende Opfer der Machtkämpfe der rivalisierenden Fraktionen der Herrschenden und des internationalen Spiels der Imperialisten auf der Flucht.

Die dritte Betrachtung betrifft die Verzögerungen und Unstimmigkeiten bei der Verabschiedung der

UN-Resolution 1973. Von den 15 Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates haben 10 dafür gestimmt, während sich China, Russland, Indien, Brasilien und Deutschland enthalten haben. Das ist keinesfalls ein Zufall. Es stehen nicht nur die von Libyen täglich produzierten 1.5 Millionen Barrel Öl auf dem Spiel. Es geht auch um die Rolle von Frankreich und Italien im Mittelmeerraum, die Ambitionen des britischen und amerikanischen Imperialismus und die ganze Frage des Mittleren Ostens und seiner Energieressourcen. In Bahrain, einem kleinen aber ölreichen Land, tobt ein Bürgerkrieg zwischen Sunniten (die 30% der Bevölkerung ausmachen, an der Macht sind und von den Öleinnahmen profitieren) und Schiiten die 70% der Bevölkerung ausmachen aber von den Öleinnahmen keinen Cent abkriegen. Bei diesem Konflikt handelt es sich faktisch um einen durch die wirtschaftliche Situation ausgelösten politischen Machtkampf zwischen einer sunnitisch geprägten Bourgeoisie und der schiitischen Glaubensgemeinschaft. Hinter dieser Konfrontation stehen die zwei imperialistischen Mächte der Region: Der schiitische Iran und das wahabistisch-sunnitische Saudi-Arabien, welches in einer bemerkenswerten internationalen Stille eine groß angelegte militärische Invasion in Bahrain vom Zaum gebrochen hat, um so einen anti-iranischen Verbündeten in der Region zu stützen. In Katar wiederholt sich dasselbe Szenario – allerdings mit den imperialistischen Protagonisten Iran und Türkei.

All dies spielt sich im Kontext wachsender Spannungen ab. Im Jemen hat Saleh nicht gezögert in die Demonstrationen schießen zu lassen, wobei Dutzende getötet wurden. In Oman bleibt die Situation weiterhin gespannt. In Saudi-Arabien halten sich nach wie vor starke anti-saudische Tendenzen.

Angesichts dieser Lage ist es für jede imperialistische Front unabdingbar ihre unmittelbaren und zukünftigen Interessen zu verteidigen. USA, Großbritannien und Frankreich auf der einen Seite - Russland, China, Indien, Brasilien und Deutschland auf der anderen. In diesem Spiel geht es um Energieressourcen, die 65% des weltweiten Bedarfs ausmachen. Dies unterstreicht einmal mehr, dass es in der libyschen Frage auch um einen anderen Aspekt geht. Die Hauptsorge des US-Imperialismus (aber nicht nur der USA) gilt der Stabilität Riads als weltweitem Öl- und Energielieferanten. Washingtons Plan zielt darauf ab, der Nato, angeführt von den europäischen Mächten Frankreich und Großbritannien, die Aufgabe zuzuteilen Gaddafi in Schach zu halten, eigene Kräfte zu sparen, um so für den Einsatz an anderen möglichen Fronten im arabischen Raum gerüstet zu sein. Für die libysche ArbeiterInnenklasse gibt es keine Möglichkeit zur Befreiung, wenn sie sich weiterhin vom Tribalismus absorbieren lässt und den opportunistischen Lösungen der bürgerlichen Opposition nach „*Freiheit*“ und „*Demokratie*“ auf



den Leim geht. Diese „Freiheit“ und „Demokratie“ wird nur eine neuere, effektivere politische und ideologische Basis für die fortgesetzte Ausbeutung und Unterdrückung sein. Sowohl die Stammesfehden und bürgerlichen Machtkämpfe als auch die destruktive Dynamik eines immer gierigeren Imperialismus haben eine tiefere Wurzel. Wenn sie nicht das ökonomische System, welches weiterhin unter dem Namen Kapitalismus sein Unwesen treibt infrage stellen, wird der makabre Teufelskreis aus Krise und Krieg nicht durchbrochen werden können. Das gleiche gilt für die anderen Krisenherde in der Region.

Wenn sich die Kämpfe auf das „Durchsetzen von Demokratie“ begrenzen, ist eine antikapitalistische Stoßrichtung ausgeschlossen. Dies würde auf den Sieg dieser oder jener bürgerlichen Fraktion und die Eingliederung in eine der Fronten im internationalen imperialistischen Machtspiel hinauslaufen. Wenn es in der politischen Szenerie des Nahen Ostens nicht zu einer Wiederbelebung des Klassenkampfes und der Herausbildung einer revolutionären Organisation kommt, wird alles beim Alten bleiben – oder vielmehr in einem weiteren imperialistischen Blutbad enden. (F.D.)

## **Italienische und immigrierte ArbeiterInnen: Eine Klasse – Ein Kampf!**

*Der folgende Text wurde von unseren italienischen GenossInnen von Battaglia Comunista als Flugblatt verteilt. Die herrschende Klasse Italiens zieht derzeit alle Register um angesichts der Revolten in Nordafrika vor einer Flut von Flüchtlingen zu warnen und den Rassismus weiter zu schüren. Was sie natürlich nicht sagen ist, dass sie Ben Ali, Ghaddaffi und Mubarak fürstlich dafür bezahlt haben, damit niemand den Elendszonen dieser Diktaturen entkommt. Wie die herrschende Klasse in anderen Ländern ist sie schnell dabei Ängste zu schüren und auszunutzen und rassistische Spaltungslinien zu zementieren. Das folgende Flugblatt ist ein Teil unserer Anstrengungen als internationale Organisation dagegen vorzugehen.*

### **Italienische und immigrierte ArbeiterInnen: Eine Klasse – Ein Kampf!**

Wir durchleben gerade eine unaufhaltbare Krise. Die tiefe soziale Malaise, die sie mit sich bringt, führt zu weiteren Lohnkürzungen und unsicheren Beschäftigungsverhältnissen und stellt jede und jeden vor eine unsichere Zukunft. Dies bietet eine fruchtbaren Boden für reaktionäre Kräfte, die vom Kapital bestens alimentiert, den ArbeiterInnen einreden wollen, dass sie gegen die ImmigrantInnen vorgehen sollen, wenn sie aus der Krise und sozialen Agonie herauskommen wollen. Die immigrierten wie auch die „weißen“ GelegenheitsarbeiterInnen sind jedoch die ersten, die entlassen und somit von den unmittelbaren Auswirkungen der Krise direkt betroffen werden. In diesem Klima haben die Regierungen aller Couleur diverse Gesetze und Verordnungen gegen ImmigrantInnen auf den Weg gebracht. Bei der Verbreitung dieses rassistischen Drecks spielt die Lega Nord eine besondere Rolle. Auch wenn sie eine Reihe von ArbeiterInnenstimmen bekommen hat, bleibt die Lega der politische Ausdruck der Klein- und Mittelbourgeoisie, die in diversen Klitschen und mittelständischen Betrieben tausende von ImmigrantInnen ausbeutet. Diese werden unterbezahlt oder müssen schwarz arbeiten und können mit der Drohung ihnen die Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis zu entziehen permanent erpresst und eingeschüchtert werden. Im letzten Jahr hat Maroni und seine regierende Bande mit der bekannten Grausamkeit jener die fürchten ihre durch Ausbeutung und Unterdrückung erlangten Privilegien zu

verlieren, eine Reihe von rassistischen Gesetzen durchgepeitscht:

Wer untertaucht und illegal lebt macht sich nun strafbar. (Dies gilt auch für neugeborene Kinder). Die Freiheitsstrafen in den Haftanstalten wurden verlängert. Die Möglichkeit eine Aufenthaltserlaubnis zu bekommen wurde enorm erschwert und massenhaft zur Denunziation der Papierlosen angestiftet. Für ImmigrantInnen ist es nahezu unmöglich geworden einen „regulären“ Arbeitsplatz zu bekommen, und somit „frei“, oder besser gesagt ein bisschen weniger schlecht zu leben als die tausenden ImmigrantInnen, die mit begrenzter Aufenthaltserlaubnis unter sklavenähnlichen Bedingungen ums tägliche Überleben kämpfen.

Es ist ein alte und immer wieder angewendete Herrschaftsmethode die Armen dazu zu bringen sich nicht mit ihrer Klasse sondern mit ihrem Land zu identifizieren. Welche bessere Mystifikation können sie jenen am Rande des Proletariats Stehenden auch sonst anbieten, die nach dem Zusammenbruch des Staatskapitalismus in der UdSSR ihr Vertrauen in eine Alternative verloren haben? Diese sehen den Kapitalismus als einzige quasi naturgegebene Möglichkeit und werden beim ersten Anzeichen einer Krise in die Arme jener getrieben, die ihnen zuflüstern: „Abdul nimm Dir Deinen Arbeitsplatz weg“. Heute haben nur sehr wenige die Sicherheit eines festen Einkommens, einer bezahlbaren Wohnung und dem Zugang zu Bildung für ihre Kinder. Aber niemand würde auf die Idee kommen Hasskampagnen oder Akte von Selbstjustiz gegen die Bosse zu propagieren, obwohl sie für den täglichen Tod von vie-

len ArbeiterInnen verantwortlich sind. Sobald aber die ImmigrantInnen für alle Übel verantwortlich gemacht werden explodiert die Wut – niemals gegen die herrschende Klasse, sondern immer gegen diejenigen, die unten oder auf derselben sozialen Ebene stehen.

Die wachsende soziale Unsicherheit hat eine Ursache – den Kapitalismus. Es ist der Kapitalismus, der Millionen von Menschen ausraubt und verarmen lässt, so dass sie schließlich gezwungen sind zu emigrieren, um zu versuchen von den immer knapper werdenden Brosamen und Knochen dieses Systems zu überleben. Es ist die weltweite kapitalistische Krise, die den Sturm der Rebellion hervorgerufen hat, der nun Nordafrika und Teile des Mittleren Ostens erschüttert. Die Bourgeoisie will uns dazu bringen, denjenigen, die vor Armut und sozialer Unsicherheit fliehen, mit Angst und krankhafter Feindseligkeit zu begegnen. Statt auf

diese Menschen einzutreten müssen wir ProletarierInnen gegen unsere Bourgeoisie vorgehen. Jede Spaltung zwischen den immigrierten und italienischen ArbeiterInnen ist von großem Schaden. Es wäre ein schwerer Fehler, die am meisten ausgebeuteten und unterdrückten Sektoren des Proletariats im Stich zu lassen. Wir gehören alle zu einer Klasse und müssen als solche gemeinsam kämpfen. Aber versuch das mal den Gewerkschaften zu erzählen....

Um diese Einheit zu erreichen müssen wir den Aufbau einer politischen Organisationen vorantreiben, die alle LohnarbeiterInnen zusammenschließt, die konsequent antikapitalistisch eingestellt sind, egal ob sie fest – oder teilzeitbeschäftigt, immigriert oder italienisch sind. Die Alternative dazu ist die fortgesetzte Barbarei.

(PCInt – Battaglia Comunista)

## **Knaststreiks in den USA: Die Gefangenen des Kapitals schlagen zurück** (Von unseren GenossInnen der Internationalist Workers Group - Kanada/USA)

Am 9. Dezember 2010 brach einer der größten Gefängnisstreiks in der Geschichte der Vereinigten Staaten aus. Der Streik wurde von Gefangenen organisiert, die sich illegal Mobilfunktelefone (oftmals von unterbezahlten und korrupten Gefängniswärtern) besorgen konnten. Auch wenn es so aussieht, dass der Streik abgeflaut ist, scheint es einen großen Willen zu geben den Kampf weiter fortzusetzen. In nahezu sechs verschiedenen Knästen fanden Streikaktionen statt.(1) Die Streikenden organisierten sich über ethnische Grenzen hinweg. Dies ist angesichts der rassistischen Spaltungslinien in den amerikanischen Knästen besonders bemerkenswert. Diese werden von den Gefängniswärtern bewusst geschürt und forciert, um so den nach ethnischen Kriterien organisierten Gangs zu ermöglichen Strafen und Ordnungsmaßnahmen zu verhängen, was letztendlich ihre Arbeit erleichtert. Das weit verbreitete Denken in rassistischen Kategorien ist eines der größten Probleme der amerikanischen ArbeiterInnenklasse. Umso wichtiger (und besorgniserregender für die Bourgeoisie) war ein gemeinsamer Forderungskatalog, der auf gemeinsamen Klasseninteressen basierte.(2)

So ist es nicht überraschend, dass der Streik in den bürgerlichen Medien weitgehend ignoriert wurde. Wenn er erwähnt und diskutiert wurde, war dies meistens in die Frage eingebettet, wie Gefangene am besten daran gehindert werden könnten in den Besitz von Mobiltelefonen zu gelangen. Es gibt Informationen, dass während des gewaltfreien Streiks Häftlinge von Wärtern misshandelt und auch in Isolationshaft gesteckt wurden. Die Justizbehörden verlegten streikende Gefangene in andere Gefängnisse um so die Moral zu untergra-

ben. Ein Gefängnisinsasse beschreibt den Klassencharakter des Streiks und die Versuche ihn zu untergraben in einem Interview mit der Website Black Agenda Report folgendermaßen: *„Sie wollen unsere Einheit die wir hier entwickelt haben brechen. Wir haben hier Leute von den Crips und den Bloods, wir haben Moslems und Mexikaner und wir haben die Aryans. Sie alle haben eine friedliche Verständigung und eine gemeinsame Grundlage gefunden. Wir alle wollen für unsere Arbeit bezahlt werden und wir alle wollen Bildungschancen. Es gibt hier Leute die nicht einmal lesen können. Sie versuchen unter den Leuten hier Gewalt zu provozieren. Aber das lassen wir nicht zu. Alles was wir wollen sind unsere Menschenrechte.“*

### **Gefängnisse:**

#### **Instrumente des Kapitalismus**

Uns wird täglich erzählt, dass Gefängnisse Orte sind, die nur gefährlichen Kriminellen vorbehalten sind. Menschen, die zu gefährlich seien um sie in „der Gesellschaft“ leben zu lassen. Nach einem fairen Prozess und einem Schuldspruch würde der oder die Verurteilte an einem Ort gebracht, wo er/sie keinem ein Leid zufügen könne. Von daher seien Gefängnisse für die allgemeine Sicherheit unabdingbar. Doch nur eine kurze Betrachtung der Daten und Fakten zeigt, wie wenig an dieser Rechtfertigung dran ist. Ein kurzer Blick auf die Inhaftierungslisten der letzten Jahrzehnte spricht für sich. Bis zum Beginn der 80er Jahre blieb die Zahl der Gefangenen weitgehend konstant (Weiße stellten unter den GefängnisinsassInnen die Mehrheit, Schwarze und Latinos machten ca. ein Drittel aus.) Seit den 80er-Jahren ist die Zahl der

Gefangenen sprunghaft auf 450% angestiegen. Die Vereinigten Staaten, das Zentrum des Kapitalismus, haben die zweifelhafte Ehre, dass in ihnen die meisten Menschen hinter Gittern leben (sowohl in absoluten Zahlen als auch im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung). (...)

Die gezielte Durchsetzung des „Kriegs gegen die Drogen“ in den armen Gegenden besonders in den Innenstädten hat nicht unwesentlich zu dieser Situation beigetragen. Auch die Anwendung von Mindeststrafen für gewaltfreie Drogenvergehen und Diebstähle hat die Zahl der Gefangenen erhöht. Das führt uns zu der Frage warum und wozu solche drakonischen Maßnahmen notwendig sein sollen. Was sind die eigentlichen Gründe dafür?

Die fortschreitende Gettoisierung ethnischer Communities in den Städten, die Stagnation und Kürzung der Löhne, die explodierenden Unternehmensgewinne und die „Flucht“ von Kapital in die Länder der sog. „Dritten Welt“ waren die kapitalistische Antwort auf die Finanzkrise Ende der 70er Jahre. All dies führte zu weiterer Arbeitslosigkeit, Kürzungen von Sozialleistungen und einer Zunahme der sozialen Entfremdung (u.a. zu einem drastischen Anstieg des Drogenkonsums). Dies hatte fatale Auswirkungen auf die ArbeiterInnenklasse als Ganzes und die Bourgeoisie verschärfte ihre Mechanismen der sozialen Kontrolle. Besonders Gefängnisse sind wichtige Instrumente des Kapitalismus, um die Kontrolle und Verwaltung der Gesellschaft sicher zu stellen. Durch den Einsatz unbezahlter Arbeit sowohl durch den Staat als auch durch private Vertragsfirmen kann das Lohnniveau nachhaltig gedrückt werden. Der Mangel an Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen in den Knästen stellt die Rückkehr ins Gefängnis und seine Sklaverei sicher.

### **Reformisten im Dienste des Kapitalismus**

Dieser Kampf in den Kästen muss sich ausweiten um erfolgreich zu sein. In Ohio sind Gefangene für die Forderung nach besseren Lebensbedingungen in den Hungerstreik getreten. Es ist nicht ganz klar ob dies in Kenntnis des Gefängnisstreiks in Georgia geschah, aber es ist ein Anzeichen dafür, dass der Kampf sich womöglich an einem Punkt befindet, wo er das Potenzial für militantere Aktionsformen entwickeln kann. Gleichwohl hat sich eine Reihe bekannter Gesichter in den Gefängnisstreik eingeschaltet, um ihn abzuwürgen und eine Ausweitung zu verhindern. Frühere Black Panthers die sich nun in „progressiven“ Parteien für einen freundlicheren Kapitalismus engagieren, wie bspw. in der Green Party, der NAACP sowie die Nation of Islam und Verfechter einer Gefängnisreform haben sich mit dem Streik solidarisch erklärt. Auch wenn diese Gruppen zuweilen radikal auftreten, werden sie nichts anderes tun als die Möglichkeiten einer Verbreiterung und Ausweitung der

Streikaktionen zu unterbinden. Sie zielen darauf ab den Klassencharakter des Streiks zu unterminieren. So hat sich z.B. die frühere Aktivistin der Black Panthers, Elaine Brown, die heute bei der Green Party ist, von Anfang an mit dem Streik solidarisch erklärt, und ist im Namen der Streikenden gegenüber allen möglichen Medien aufgetreten. Sie zeigte sich empört darüber, dass ihre Appelle an den Congressional Black Caucus (ein Versuch, den Streik von seinem Klassenterrain wegzubewegen) auf taube Ohren gestoßen waren. Jede dieser reformistischen Gruppen hat ihre eigenen Methoden um die Ausweitung des Streiks zu verhindern. Eine der Gefahren besteht darin, dass der Klassencharakter des Streiks bewusst in den Hintergrund gedrängt wird, und stattdessen vorrangig über ethnische Probleme und rassistische Diskriminierung einzelner Gruppen geredet wird. Doch das sog. „Justizsystem“ ist grundlegend rassistisch. Nur eine klare kommunistische Analyse kann die Wirkungsweise des Rassismus erfassen, und Wege aufzeigen um ihn zu bekämpfen. Indem er die Klasse spaltet und einen gemeinsamen Kampf der ArbeiterInnen gegen die kapitalistische Ausbeutung erschwert, schwächt der Rassismus die ArbeiterInnenklasse als Ganzes. Rassismus spaltet nicht nur sondern trägt entscheidend zur Unterdrückung von Teilen der Klasse bei. Man kann nicht über Rassismus reden und über die Klassengesellschaft, die ihn hervorbringt und reproduziert, schweigen. Die diversen Gruppen, die sich in den Streik eingeschaltet haben, vertreten allesamt eine Identitätspolitik, die uns gerade wegen ihres reformistischen Charakters keinen Schritt weiterbringt, wenn es darum gehen soll das rassistische System zu beseitigen. Diese Gruppen werden nichts unversucht lassen, um die Herausbildung einer gemeinsamen Klassenidentität zu behindern. Eine andere Gefahr besteht darin, dass die Forderungen der Gefangenen von BefürworterInnen einer Gefängnisreform- die selbstverständlich nur auf einige gesetzliche Änderungen abzielt- instrumentalisiert werden. Die Gruppen lassen genauso wie die gealterten BürgerrechtlerInnen geflissentlich unter den Tisch fallen, dass die Bedingungen in den Kästen vom Kapitalismus hervorgebracht wurden und werden. Das Gefängnis ist ein Instrument der Bourgeoisie, um mit den Widersprüchen der bürgerlichen Gesellschaft umzugehen. Es ist in keiner Weise eine Abweichung von diesem System, sondern exakt der Weg mit dem das System mit seinen Problemen fertig werden will. Gefängnisse sind integraler Bestandteil des Kapitalismus und es wird keine Veränderungen geben wenn wir nicht gegen diese verfaulende Produktionsweise kämpfen. (...)

Diese reformistischen Elemente werden alles tun um eine Ausweitung des Streiks und eine Verbindung mit Kämpfen gegen die bürgerliche Herrschaft zu verhindern. Nicht weil sie es nicht besser

wüssten, sondern weil sie Verteidiger der kapitalistischen Gesellschaft sind. Einen humanen Strafvollzug zu fordern ist genauso absurd wie eine humane Ausbeutung oder humane Sklaverei zu fordern. Wer dies tut steht letztendlich für die Verteidigung der Bourgeoisie.

### **Schlussfolgerungen**

Obwohl er in den Mainstream-Medien weitgehend ignoriert wurde, hat der Gefängnisstreik in Georgia die Bourgeoisie zweifellos verunsichert und sie hat getan was sie konnte, um eine Ausweitung zu verhindern. Besonders erschreckend für die Bourgeoisie und besonders wichtig für KommunistInnen ist, dass die Gefangenen auf der Grundlage einer gemeinsamen Klassenidentität für ihre Inte-

ressen gekämpft haben. Er war weit davon entfernt nur ein „spontaner“ Aufstand zu sein. Die Gefangenen haben ihren Streik gründlich langfristig vorbereitet und nach ihren begrenzten Möglichkeiten organisiert. Es ist wichtig die Erfahrungen dieses Kampfes genau zu untersuchen und dabei im Blick zu behalten, dass das Knastsystem ein normaler Aspekt der altersschwachen kapitalistischen Gesellschaft ist.

(1) So in den Staatsgefängnissen Bladwin, Hnacock, Hays, Macon, Smith und Telfair.

(2) So forderten sie z.B. einen existenzsichernden Lohn, Zugang zu Bildungsmöglichkeiten, bessere medizinische Versorgung, ein Ende der brutalen und willkürlichen Bestrafungen, bessere Lebensbedingungen, gesundes Essen, die Möglichkeit zu Fortbildungsmaßnahmen, Besuchsmöglichkeiten für Familien usw.

## **Perspektiven einer neuen Internationale**

Bevor wir über eine neue Internationale sprechen können, müssen wir uns über zwei Dinge klar werden: Erstens die Gründe warum eine neue Internationale notwendig ist und zweitens was die Hauptmerkmale der vorherigen Internationalen waren.

### **Warum brauchen wir eine Internationale**

Das Kommunistische Manifest endet mit den Worten: Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Dies allein wäre schon gutes Argument für die fortgeschrittenen Teile der ArbeiterInnenklasse, die KommunistInnen, sich unverzüglich in einer grenzüberschreitenden, länderübergreifenden Organisation zusammenzuschließen. Schon in den Zeiten von Marx und Engels, lange vor der sog. „Globalisierung“ war das Kapital international. Es stellte schon ein Produktionsverhältnis dar, welches die meisten Länder beherrschte und in dem sich Bourgeoisie und Proletariat als gegensätzliche Klassen gegenüberstanden. Wenn die KommunistInnen schon damals die Tendenz hatten sich international zu organisieren, so stellt sich die Notwendigkeit einer Internationalen heute, in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts mit noch größerer Dringlichkeit. Die Herrschaft des Kapitals hat heutzutage noch internationalere Formen angenommen. Der Umstand das fünf oder sechs Industrie- und Finanzzentren heute 75% der Weltproduktion kontrollieren sagt alles. Wir haben an anderer Stelle die Auswirkungen der Finanzialisierung und Internationalisierung der Märkte analysiert. Die revolutionären Impulse der Oktoberrevolution konnten für einige Jahre bewahrt und verteidigt werden, während man hoffte dass andere Länder ihrem Beispiel folgen würden. Aber heute existiert angesichts der fortgeschrittenen Internationalisierung für keinen Teil der ArbeiterInnenklasse ein solches Zeitfenster.

Die Oktoberrevolution und ihre späteren Ausläufer in Deutschland und Italien führten nicht zu einem allgemeinen Zusammenbruch des Kapitalismus. Ein weiterer Aspekt dieses historischen Phänomens bestand darin, dass die objektiven Bedingungen die die proletarischen Massen in Russland, Italien und Deutschland in Aktion gesetzt hatten, in anderen Ländern wie den USA oder Großbritannien nicht gegeben waren. Die Märkte waren noch weitgehend national und die Auslandsinvestitionen und vielmehr der Finanzaustausch zwischen den Ländern waren noch nicht so weit ausgeprägt, dass eine Krise in einem Land sich unmittelbar in anderen wiederholte. Diese Bedingungen haben sich grundlegend geändert. Die objektiven Bedingungen, die eine revolutionäre Krise in einem Land hervorrufen können, würden die gleichen oder zumindest ähnliche Auswirkungen in anderen Ländern haben. Ein totaler Zusammenbruch des Bankensystems und ein plötzliches Sinken des Lebensstandards in einem Land würde Teil einer internationalen Kette sein, die viele andere, wenn nicht sogar alle Länder in Mitleidenschaft ziehen würde. Diese objektiven Bedingungen und die Einheit der Klasse erfordern gleichzeitig die Einheit des politischen Organs, welches an der Spitze eines proletarischen Aufstandes stehen muss.

### **Der Weg zum Ersten Kongress der Dritten Internationale**

Zunächst müssen wir unmissverständlich klarstellen, dass wir die sog. Vierte Internationale (bzw. die diversen trotzkistischen Gruppen) nicht als Teil der historischen revolutionären Bewegung ansehen. Sie hatte ihren Ursprung in der „kritischen“ Verteidigung der Sowjetunion und ist damit Teil der konterrevolutionären Entwicklung, die aus dem Scheitern der Oktoberrevolution resultierte.

Sie muss als solches gesehen und bekämpft werden.

Der Bruch unserer Strömung mit der trotzkistischen Bewegung geht auf das Jahr 1933 zurück. Die Gründe die dem zugrunde lagen, wurden 1939-40 um so deutlicher, als die Kommunistische Linke erkannte, dass die UdSSR sich als neue imperialistische Macht am Zweiten Weltkrieg beteiligte, während die Vierte Internationale für die Verteidigung des wie auch immer deformierten oder bürokratisch degenerierten „sozialistischen Vaterlandes“ eintrat.

Wir müssen daher weiter zurückblicken und uns mit der Dritten Internationale beschäftigen, um die Probleme einer revolutionären internationalen Klassenorganisation zu diskutieren. Die Dritte Internationale entwickelte sich als gesunde Reaktion proletarischer Kräfte auf die Degeneration der Zweiten Internationale, deren Parteien den imperialistischen Ersten Weltkrieg unterstützt hatten. Tragischerweise endete die Dritte Internationale später weitgehend auf die gleiche Weise, wenn auch unter gänzlich anderen Bedingungen, als Verteidigerin eines „sozialistischen“ Vaterlandes.

Als die SPD 1914 den Kriegskrediten zustimmte, blieb nur eine kleine Schar von InternationalistInnen den Prinzipien des Kommunistischen Manifestes treu.(1) Sie denunzierten den Krieg als imperialistisch während sie gleichzeitig für den revolutionären Defätismus und die Gründung einer neuen Internationale eintraten. Im strikten Gegensatz zur Zweiten Internationale und auf der Grundlage einer tiefgehenden Analyse ihres Scheiterns sollte die neue Internationale auf einer klaren und soliden Grundlage stehen:

*„Der Zusammenbruch der II. Internationale ist der Zusammenbruch des Opportunismus, der auf dem Boden der besonderen Verhältnisse in der abgelaufenen (der sog. ‚friedlichen‘) geschichtlichen Epoche hoch gezüchtet worden und in den letzten Jahren zur faktischen Herrschaft in der Internationale gelangt war. Die Opportunisten haben diesen Zusammenbruch seit langem vorbereitet, indem sie die sozialistische Revolution verneinten und sie durch den bürgerlichen Reformismus ersetzten, indem sie den Klassenkampf und seinen zu bestimmten Zeitpunkten notwendigen Umschlag in den Bürgerkrieg leugneten und die Zusammenarbeit der Klassen predigten, indem sie unter der Flagge des Patriotismus und der Vaterlandsverteidigung den bürgerlichen Chauvinismus predigten und die bereits im Kommunistischen Manifest dargelegte Grundwahrheit des Sozialismus, dass die Arbeiter kein Vaterland haben, ignorierten oder bestritten“ (2)*

Es ist im Nachhinein wichtig zu erwähnen, dass die Losung des revolutionären Defätismus von Figuren wie Bucharin, Krylenko und Kamenew abgelehnt wurde. Auch Trotzki stand dem revolutionären Defätismus kritisch gegenüber. Die Bol-

schewiki die sich in der Schweiz um Lenin sammelten, waren in ihrem Eintreten für eine vom Opportunismus befreite proletarische Internationale weitgehend isoliert. Aus diesem Grunde ging die erste Initiative für eine bedeutende internationale Zusammenkunft nicht (...) vom revolutionären linken Flügel der sozialistischen Bewegung aus, sondern von den zentristischen und pazifistischen Tendenzen. Diese waren teilweise in den neutralen Ländern sehr einflussreich. Nach einem Kriegsjahr konnten sie ihren Einfluss auch in den am Krieg beteiligten Ländern wie Frankreich und vor allem Deutschland ausbauen, wo sich Haase, Bernstein und Kautsky die sich zuvor in der Kriegsfrage und über politische Perspektiven zerstritten hatten, wieder zusammenrafften. (...)

### **Zimmerwald**

Vom 5.-8. September tagte in Zimmerwald eine Konferenz an der sich 36 Delegierte verschiedener sozialistischer Gruppen beteiligten. Sowohl auf dieser Konferenz wie auch auf der nachfolgenden im Schweizer Dorf Kienthal (24-30. April 1916) waren die revolutionären InternationalistInnen der „Zimmerwalder Linken“ in der Minderheit. Weder die Zentristen noch die Pazifisten erachteten einen Bruch mit der Zweiten Internationale als notwendig. (...) 1917 zog Lenin angesichts der fortschreitenden revolutionären Entwicklung folgende Bilanz der Zimmerwalder Bewegung:

*„Die Zimmerwalder Internationale nahm von Anfang an eine schwankende, ‚kautskyanische‘, ‚zentristische‘ Position ein, was denn auch die Zimmerwalder Linke zwang, sich sofort von ihr abzugrenzen, sich abzusondern, mit einem eigenem (in der Schweiz in russischer, deutscher und französischer Sprache gedruckten) Manifest hervorzutreten. Der Hauptmangel der Zimmerwalder Internationale, die Ursache ihres Zusammenbruchs (denn sie ist ideologisch-politisch bereits zusammengebrochen) sind die Schwankungen, die Unentschlossenheit in der wichtigsten, praktischen alles bestimmenden Frage des völligen Bruchs mit dem Sozialchauvinismus und der von Vandervelde, von Huysmans im Haag (Holland) und anderen geführten sozialchauvinistischen alten Internationale. (...) Das Ende des Jahres 1916 und der Anfang des Jahres 1917 haben diese Tatsache endgültig bestätigt. Obwohl das Kientaler Manifest den Sozialpazifismus verurteilt hat, ist die ganze Zimmerwalder Rechte, die ganze Zimmerwalder Mehrheit zum Sozialpazifismus hinabgeglitten: Kautsky und Co in einer Reihe von Stellungnahmen im Januar und Februar 1917; Bourderon und Merrheim in Frankreich, indem sie einmütig mit den Sozialchauvinisten für die pazifistische Resolution der Sozialistischen Partei (Dezember 1916) und des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (Spitzenorganisation der französischen Gewerkschaften, gleichfalls im Dezember 1916) stimmten; Turati und Co in Italien, wo die*

ganze Partei einen sozialpazifistischen Standpunkt einnahm und Turati persönlich sich in seiner Rede vom 17. Dezember 1916 (und auch nicht zufällig) zu nationalistischen, den imperialistischen Krieg beschönigenden Phrasen `hinreißen` ließ“ (4)

Lenin zog daraus die Schlussfolgerung:

*„Unsere Partei darf nicht warten, sondern muss sofort die dritte Internationale gründen.“*

Doch trotz Lenins hartem Eintreten für einen klaren Bruch mit den Zentristen (5), entschied der All Russische Kongress der Bolschewistischen Partei im April 1917 „eine dritte Zimmerwalder Konferenz abzuwarten“. (...) Von April 1917 bis zum Februar 1919 gab es mehrer Versuche die internationalistischen Kräfte in den verschiedenen Ländern umzugruppieren. Es waren jedoch maßgeblich die politischen Ereignisse in dieser Periode selber (so z.B. das Aufkommen von Arbeiter -und Soldatenräten in Deutschland, die Gründung der KPD und kommunistischer Parteien in Polen, Österreich, Ungarn, Finnland, Lettland sowie die internationalistische Haltung der revolutionären Sozialdemokratischen Föderation des Balkans) die die von Lenin stets geforderte Gründung der Dritten Internationale auf die Tagesordnung setzte. Lenin hob diese objektiven Bedingungen in seinem Brief an die „Arbeiter Europas und Amerikas“ ausdrücklich hervor:

*„Damals am 20. August 1918, hatte nur unsere, die bolschewistische Partei, entschieden mit der alten, der II. Internationale der Jahre 1889 bis 1919 gebrochen, die während des imperialistischen Krieges 1914-1918 so schändlich Bankrott gemacht hatte. Nur unsere Partei hatte rückhaltlos den neuen Weg beschritten vom Sozialismus und Sozialdemokratismus, der sich durch das Bündnis mit der raublüsternen Bourgeoisie mit Schmach und Schande bedeckt hatte, zum Kommunismus, vom kleinbürgerlichen Reformismus und Opportunismus, von denen die offiziellen sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien bis ins Mark durchsetzt sind, zur wahrhaft proletarischen, revolutionären Taktik. Heute, am 12 Januar 1919, sehen wir schon eine ganze Reihe kommunistischer proletarischer Parteien, nicht nur in den Grenzen des ehemaligen Zarenreichs, zum Beispiel in Lettland, Finnland, Polen, sondern auch in Westeuropa, in Österreich, Ungarn, Holland und schließlich in Deutschland. Als der deutsche Spartakusbund mit so weltbekannten und weltberühmten, der Arbeiterklasse so treu ergebenden Führern wie Liebknecht, Rosa Luxemburg, Clara Zetkin und Franz Mehring endgültig seine Verbindung mit Sozialisten vom Schlage Scheidemanns und Südekums abbrach, mit diesen Sozialchauvinisten (Sozialisten in Worten, Chauvinisten in der Tat), die durch ihr Bündnis mit der raublüsternen imperialistischen Bourgeoisie Deutschlands und mit Wilhelm II ewige Schmach auf sich geladen haben, als der Spartakusbund den Namen Kommu-*

*nistische Partei Deutschlands annahm, da war die Gründung einer wahrhaft proletarischen, wahrhaft internationalistischen, wahrhaft revolutionären III. Internationale, der Kommunistischen Internationale, Tatsache geworden. Formell ist die Gründung noch nicht vollzogen, aber faktisch besteht die III: Internationale heute schon.“* (6)

Sicherlich existierten sowohl innerhalb wie außerhalb der sozialdemokratischen Parteien fortschrittliche Elemente, die revolutionär-internationalistische Prinzipien verteidigten. Allerdings gab es zwischen ihnen kein internationales organisatorisches Netzwerk. Als Lenin den Brief an die „Arbeiter Europas und Amerikas“ verfasste, war die deutsche Kommunistische Partei gerade einmal achtzehn Tage alt. Die formelle Konstituierung der Internationale war nun eine dringende Aufgabe. In dem vom Trotzki verfassten Einladungsschreiben zum Gründungskongress der Dritten Internationale wurde diese Dringlichkeit ausdrücklich hervorgehoben:

*„Die unterzeichneten Parteien und Organisationen halten es für dringend notwendig, den ersten Kongress der neuen Internationale zusammenzurufen. Während der Dauer des Krieges und der Revolution sind nicht nur der volle Bankrott der alten sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien und zugleich der Zweiten Internationale, nicht nur die Unfähigkeit der Zwischenelemente der alten Sozialdemokratie (des sog. Zentrums) zur aktiven revolutionären Aktion endgültig klar geworden; sondern gegenwärtig kommen bereits mit voller Deutlichkeit die Umrisse der wirklich revolutionären Internationale zum Vorschein. Die riesenhafte schnelle Vorwärtsbewegung der Weltrevolution, die stets neue und neue Probleme aufstellt, die Gefahr der Erstickung dieser Revolution durch das Bündnis der kapitalistischen Staaten, welche sich gegen die Revolution unter der heuchlerischen Fahne des `Völkerbundes` zusammmentun, die Versuche der sozialverräterischen Parteien, sich miteinander zu einigen, und nachdem sie einander Amnestie erteilt haben, ihre Regierungen und ihre Bourgeoisie nochmals zum Betrug der Arbeiterklasse verhelfen; endlich die außerordentliche Erfahrung und die Internationalisierung der ganzen Revolutionsbewegung – all diese Umstände zwingen uns, die Initiative zu ergreifen, um die Frage der Zusammenberufung eines internationalen Kongresses der revolutionären proletarischen Parteien auf die Tagesordnung zu stellen“* (7)

Am 2. März 1919 nahm eine internationale Konferenz mit Delegierten verschiedener revolutionärer Gruppen ihre Arbeit auf. Der deutsche Spartakusbund der wenige Tage zuvor die Kommunistische Partei Deutschlands mitbegründet hatte, hatte seinen Delegierten Eberlein mit dem Mandat ausgestattet, gegen die sofortige Gründung der Internationale zu stimmen. Auf der anderen Seite nahmen an dieser Konferenz auch Vertreter von

Organisationen teil, die noch nicht vollständig zum Kommunismus übergegangen waren. So erklärte bspw. der Delegierte der Norwegischen Arbeiterpartei:

*„Es ist offensichtlich, dass die Norwegische Arbeiterpartei vor einem Problem von großer Bedeutung steht. Sie muss sich mit dem Thema auseinandersetzen die alte sozialdemokratische Linie zugunsten der Diktatur des Proletariats der Arbeiterräte aufzugeben. Ich bin persönlich davon überzeugt, dass die Partei Dank des Fortschreitens der Weltrevolution in dieser Hinsicht eine klare Position einnehmen wird.“*

Wäre es vor diesem Hintergrund besser gewesen, die Dinge etwas reifen zu lassen und die Herausbildung einer kommunistischen Partei durch die Unterstützung des linken Parteiflügels zu befördern, um dann die Integration in die Internationale anzustreben? Stattdessen schenkte man dem enthusiastischen und falschen (da längst veralteten und überholten) Bericht des österreichischen Delegierten Glauben. Auf dieser Grundlage wurde am Sitzungstag des 4. März der Antrag eingebracht, dass die Konferenz unverzüglich die Dritte Internationale konstituieren und den Namen *„Kommunistische Internationale“* annehmen solle. In Anbetracht dessen waren die anfängliche Unentschlossenheit der Bolschewiki und der Widerstand des deutschen Delegierten Eberlein überwunden. Er enthielt sich letztendlich bei der Abstimmung.

Die im Zuge der ersten erfolgreichen proletarischen Revolution erfolgte Proklamierung der Kommunistischen Internationale gab den revolutionären Elementen in den sozialdemokratischen Parteien der Zweiten internationale einen enormen Motivationsschub.

Andererseits spielten bei der Gründung der Dritten Internationale Emotionen und nicht zuletzt das große Prestige der Bolschewiki eine große Rolle. So gesehen basierte die Gründung der Kommunistischen Internationale, wie die folgenden Jahre zeigen sollten nicht auf einer wirklichen Reifung der revolutionären Elemente auf einer klaren methodologischen, theoretischen und politischen Grundlage.

In den Revolten, Generalstreiks und Aufstandversuchen von 1919-1921 konnte in anderen Ländern nicht das erreicht werden, was die Bolschewiki schon vor 1914 entwickelt hatten: Eine klare Trennung und Abgrenzung von den Parteien der Zweiten Internationale in Fragen der Methode, der Prinzipien und der programmatischen Ausrichtung sowie der Aufbau einer zur revolutionären Führung befähigten Organisation.

Die Kommunistische Partei von Italien wurde zwar auf der Grundlage eines radikalen Bruchs mit der PSI gegründet, allerdings erst 1921 also zwei Jahre nach dem Gründungskongress der Kommunistischen Internationale. (...) Es gab auf der einen Seite also das Problem der Verspätung

der Revolutionäre im Westen und auf der anderen Seite eine Internationale die auf schwacher theoretischer Grundlage und mit der Taktik gegründet worden war, so viele Kräfte wie möglich auf formeller Basis umzugruppieren.

Die verspätete Gründung der Kommunistischen Partei von Italien lässt sich auch auf die Haltung der Leitungsorgane der Internationale zurückführen, die *„angesichts der Aufgabe der Selektion, Trennung und Aufnahme nach dem taktischen Kriterium verfuhr die größten quantitativen Erfolge zu erzielen, anstatt eine gründliche politische Bewertung vorzunehmen(...)“*(8)

Amadeo Bordiga formulierte diesen Gedanken in anderen Worten in seinen Brief an Karl Korsch:

*„Lenin hielt viel Arbeit `spontanen` Sichherausbildens an, indem er darauf zählte, in der Gluthitze der russischen Revolution die verschiedenen Gruppen in groben Zügen zusammenzubringen und dann nachher erst homogen zu verschmelzen. Zum großen Teil ist ihm dies nicht gelungen.“*(9)

Zwischen dem ersten und zweiten Kongress gründeten sich verschiedene Parteien um der Dritten Internationale beizutreten. Die im Juli gegründete Sozialistische Arbeiterpartei Jugoslawiens entstand aus einer Fusion verschiedener sozialistischer Organisationen des Landes. Sie wurde von Zentrissen angeführt unter denen sich eine starke Minderheit befand, die sich offen dafür aussprach wieder der Zweiten Internationale beizutreten. Die schon erwähnte Norwegische Arbeiterpartei entschloss sich zwar der Dritten Internationale anzuschließen, versuchte aber Jahre ihre eigene Unabhängigkeit zu wahren. Die Mexikanische Sozialistische Partei trat im September 1919 der Dritten Internationale bei, setzte sie sich allerdings zu weiten Teilen aus AnarchosyndikalistInnen zusammen. Die im Mai 1920 gegründete indonesische Partei bestand faktisch aus SyndikalistInnen mit sehr engen Verbindungen zur nationalistischen Bewegung. Die einzige Kommunistische Partei die sich durch eine Namensänderung offiziell im Mai 1919 konstituierte und durchgehend aus KommunistInnen zusammensetzte, war die bulgarische. Sie ging aus der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Tesnyaki –Engherzige) hervor, die schon länger internationalistische „bolschewistische“ Positionen verteidigt hatte.

So gesehen entwickelte sich die Dritte Internationale also als ein Amalgam heterogener Kräfte, die nur durch die Autorität der russischen Führung zusammengehalten wurde. Der Weg zur später von Stalin betriebenden „Bolschewisierung“, d.h. der kritiklosen Unterordnung unter die Direktiven Moskaus war damit vorgezeichnet. Sie war daher völlig unfähig die Funktion auszuüben, die wir von einer Internationale erwarten: Die internationale Orientierung und politische Führung der Sektionen in allen Ländern, Sowjet-Russland eingeschlossen.

## Ergebnisse und Perspektiven

Wir behaupten nicht in diesem Text alle Elemente der Erfahrungen der Dritten Internationale erschöpfend behandelt zu haben. Wir haben jedoch einige Grundlinien kurz aufgeführt, so dass wir uns nun der Frage der Bilanz und den Schlussfolgerungen für weitergehende Perspektiven zuwenden können. Nach Lenins Schema sollte die Dritte Internationale helfen, die Entwicklung und politische Homogenisierung verschiedener nationaler Organisationen auf revolutionärer Grundlage voranzutreiben. Die treibende Kraft und der Katalysator für diese Vereinigung der revolutionären Kräfte war die Bolschewistische Partei, die auf einen großen Erfahrungsschatz aufbauen konnte. Die fortschreitende Isolation der revolutionären Erfahrungen in Russland, und die immer stärker werdenden Gegenkräfte, stellten die Bolschewistische Partei jedoch vor gewaltige Probleme an denen sie letztendlich scheiterte. Besonders kam hier der Umstand zum tragen, dass die Bolschewistische Partei der einzige politische und theoretische Bezugspunkt auf internationaler Ebene war. Die Dritte Internationale als solches war nicht in der Lage etwas zur Lösung der russischen Probleme beizutragen. Faktisch leiteten die russische Partei und damit der russische Staat die Internationale. Der Rückgang der Russischen Revolution, die letztendlich nur die Verstaatlichung der Produktionsmittel zuwege gebracht hatte, zog Staat und Partei unweigerlich auf konterrevolutionäres Terrain. Diese Situation spiegelte sich letztendlich auch darin wieder, dass die Internationale mehr und mehr zum Anhängsel der Außenpolitik des russischen Staates wurde. Die Opposition in der russischen Partei konnte daran kaum etwas ändern. Die internationalen revolutionäre Minderheiten, und besonders die Italienische Kommunistische Linke konnten diesbezüglich noch viel weniger ausrichten. Dies lag mitnichten am Mangel an politischer Vitalität (die Italienische Kommunistische Linke war vital genug um als Bezugspunkt für den Wiederaufbau der Internationale zu dienen) sondern am mangelnden politischen Einfluss sowohl in Russland als auch in der Dritten Internationale selber.

Wir können hieraus folgende Lehren ziehen:

<sup>1.</sup> Wir könne fraglos eine Wiederholung dieser Erfahrungen selbst in einer neuen Form nicht riskieren, und davon ausgehen, dass ein anfänglicher revolutionärer Erfolg in einem Land zum Stimulus für das Entstehen gleichartiger proletarischer Organisationen in anderen Ländern wird, und als Zentrum der Vereinigung zu einer neuen Internationale fungieren kann. Wir werden dafür nicht die Zeit haben – entweder wird sich die Revolution schnell ausbreiten oder wir werden vor einer weiteren Niederlage stehen.

<sup>2.</sup> Die zukünftige Internationale soweit sie auch entfernt sein mag, kann keine bloße

Föderation mehr oder weniger unabhängiger Parteien seien, die unter dem Vorwand nationaler Besonderheiten unterschiedliche politische Linien vertreten. Deswegen ist es korrekter von einer internationalen Partei zu sprechen. Der Charakter, die Struktur und die Statuten müssen homogen sein und in jeder nationalen Sektion Gestalt annehmen. Die politische Plattform muss für alle Sektionen verbindlich sein und von ihnen bzw. allen Militanten entwickelt werden.

<sup>3.</sup> Unsere Konzeption des Verhältnisses von Partei, Klasse und dem proletarischen Halbstaat der Übergangsperiode erfordert die politische Zentralisierung der internationalen Partei. Auch wenn es keine absolute Garantie gibt, da es nun mal in politischen und sozialen Angelegenheiten keine Garantien gibt, ist dies der sicherste Beitrag, um als Korrektiv zu dienen und unabhängig davon unter welchen Bedingungen die ersten proletarischen Regime entstehen werden, eine internationalistische Perspektive zu verteidigen. Die Art der politischen Zentralisierung wurde auf unseren Kongressen definiert.<sup>(10)</sup> Es ist die Zentralisierung derjenigen Militanten, die für die endgültigen Überwindung des Kapitalismus kämpfen. Bis dieses Ziel erreicht ist, werden diese Militanten verstehen müssen, wie sie die Fragen des „nationalen“ Halbstaates der Übergangsperiode als Teil der internationalen Revolution angehen, um selbst im Falle einer Niederlage das Programm zu retten und weitergehende Perspektiven zu entwickeln, ohne in den tragischen Bruch mit der eignen politischen Kontinuität zu verfallen, wie es in Russland und der Dritten Internationale geschehen ist.

<sup>4.</sup> Die Gründung der neuen Internationale bzw. der Partei wie wir sie heute verstehen, ist das Zusammentreffen „und die Entwicklung realer politischer Kräfte, die in den theoretischen und politischen Kämpfen in verschiedenen Ländern entstehen, sich umgruppieren und entwickeln.“<sup>(11)</sup>

Auf dieser Grundlage wurde das „Internationale Büro für die revolutionäre Partei“ (die Vorläuferin der heutigen IKT) gegründet. Es ist die erste Form der Koordination und Zentralisation zwischen Organisationen, die sich in den politischen Kämpfen auf nationaler Ebene entwickelt haben, und auf internationaler Ebene für den Aufbau der internationalen Partei arbeiten.

## Die IKT und die Internationale Partei

Die IKT wurde als einzig mögliche Organisationsform gegründet, die Aktivitäten revolutionärer Organisationen in verschiedenen Ländern zu koordinieren. Die Existenz einer wirklichen Internationalen Partei ist für uns ein unverzichtbares Instrument für eine erfolgreiche Revolution. Die IKT hat ihren Ursprung im Prozess der Klärung und Ausdifferenzierung politischer Kräfte, der durch die Internationalen Konferenzen der Kommunisti-



schen Linken im Jahr 1977 eingeleitet wurden. Dieses „proletarische politische Lager“ über das wir hier sprechen, setzte sich aus all jenen Kräften zusammen, die sich auf die (nichttrotzkistischen) revolutionären Strömungen der Zwischenkriegsperiode stützen, aus denen sie entweder direkt oder indirekt hervorgegangen sind. Die jüngsten Dynamiken des Kapitalismus und die Lage der Klasse hat jedoch nunmehr „zur Klärung im „politischen proletarischen Lagers“ beigetragen und jene Organisationen hinausgefegt, die weniger Wert auf das unwiderrufliche Prinzip des revolutionären Defätismus gelegt haben und somit auf das Terrain des Krieges abgerutscht sind, im Namen eines falschen Antimperialismus oder von historisch und ökonomisch unmöglich gewordenen fortschrittlichen Visionen. Andere Bestandteile dieses Milieus haben sich, ohne in den tragischen Irrtum der Parteiname für eine Front des Krieges zu verfallen, gleichermaßen von der Arbeitsmethode und -perspektive entfremdet, die für den Zusammenschluss zur zukünftigen revolutionären Partei unabdingbar sind. Sie sind unwiederbringlich Opfer von idealistischen oder mechanistischen Sichtweisen, unfähig, die Eigentümlichkeit der Explosion der Widersprüche des modernen kapitalistischen Wirtschaftssystems zu erkennen, verharren rückwärtsgerichtet in einer Art messianischer Revolutionserwartung oder blinder Invarianz (12), anstatt die Besonderheit der aktuellen Situation zu erfassen, sei es in einer Analyse der Krise und der Antworten des Kapitals auf die Krise, sei es im Erkennen der Veränderungen im Verhältnis zwischen Kapital und Arbeitskraft.“(13)

Mit anderen Worten: Wir glauben nicht dass die Kategorie des „proletarischen politischen Lagers“ unter den gegebenen Bedingungen noch zielführend ist. Anders ist es schwer zu erklären, dass die kapitalistische Krise, die technologische Revolution, die Implosion des imperialistischen Sowjetischen Blocks und die Totalität der sozialen und ökonomischen Phänomene, die die Bourgeoisie unter dem dümmlichen Begriff „Globalisierung“ zusammenfasst, zu keinen grundlegenden Änderungen bei den vermeintlichen revolutionären Avantgarden geführt haben. Vielmehr sind die alten Bestandteile des „proletarischen Lagers“ zum größten Teil aus dem Spiel. Auf der anderen Seite hat die neue Situation zum Entstehen neuer Organisationen geführt, die weit davon entfernt sind die gegenwärtigen Realitäten mit alten und überkommenden Schemata zu erklären, und sich der Aufgabe stellen auf der Grundlage der Kritik der politischen Ökonomie, des historischen Materialismus und den Prinzipien des Internationalismus für den Aufbau der internationalen Partei zu arbeiten. Diese Organisationen haben die Aufgabe Positionen zu entwickeln und auf der Grundlage einer Plattform und eines mit dem Internationalen Büro der IKT vereinbarten Arbeitsrahmens als Bezugspunkte für die notwendige Homogenisie-

rung der Kräfte der zukünftigen Partei zu agieren. Die IKT hat nicht die Absicht den Zeitrahmen der Vereinigung revolutionärer Kräfte künstlich zu beschleunigen, bzw. die Periode des organischen Wachstums kommunistischer Organisationen in verschiedenen Ländern abzukürzen.

Der einzige politische Beitrag den wir zur Reifung und Entwicklung von politischen Kräften in anderen Ländern leisten können, besteht darin Positionen zu vergleichen und zu diskutieren, und wenn notwendig Polemiken über praktische und theoretische Fragen zu führen, um so die Kerne revolutionärer Organisationen zu entwickeln, die eine reale Verankerung im politischen Leben der Klasse haben. Wir lehnen aus Prinzip und auf der Grundlage mehrerer Kongressresolutionen die Vorstellung ab, nationale Sektionen nach dem Muster bestehender Organisationen klonen zu können. Nationale Sektionen der internationalen Partei des Proletariats können nicht künstlich geschaffen werden, indem in irgendeinem Land ein Zentrum für die Übersetzungen und Herausgabe von Publikationen geschaffen wird, die dann somit außerhalb der realen politischen und sozialen Kämpfe in den jeweiligen Ländern erscheinen.

Die IKT ist nicht die Partei. Wir haben das mehrmals gesagt, geschrieben und mehrmals wiederholt. Ebenso wenig haben wir jemals behauptet, dass es mit hoher Wahrscheinlichkeit eine gerade Linie von der IKT zur zukünftigen Partei geben wird. Aber wir sind auch keine einfache Föderation von Kräften (bzw. Schwächen). Die IKT stellt sich die Aufgabe, die Zentralisierung und politische Homogenisierung der politischen Kräfte einer zukünftigen internationalen Partei anzugehen. Wir praktizieren unter unseren Mitgliedern eine politische Zentralisierung wie es zum gegenwärtigen Zeitpunkt möglich, notwendig und angemessen ist. Eine fortschreitende politische Übereinstimmung in der IKT hat folgerichtig auch eine fortschreitende Zentralisierung zur Folge. (...)

Die zukünftige Internationale Partei wird in nationalen Sektionen organisiert sein, die sich aus den InternationalistInnen der jeweiligen Länder zusammensetzen. Wir bestreiten keinesfalls die Möglichkeit und Notwendigkeit politischer Arbeit im Ursprungsland. Aber genauso wie jemand aus Neapel der in Mailand lebt, Mitglied der Mailänder Sektion des PCInt wird, wird eine Gruppe von RevolutionärInnen, die aus einem anderen Land stammen, Teil der Sektion des Landes sein, in dem sie leben, und sich aktiv an den Kämpfen und Debatten der internationalistischen Organisation dieses Landes beteiligen. Wir sind der Meinung, dass wir einen kleinen Teil des Weges der zu einer neuen Internationale führen wird zurückgelegt haben, und wir meinen, die Grundlagen erarbeitet zu haben um dieses Ziel zu erreichen, wenn sich das Proletariat gegen die barbarische Entwicklung des Kapitalismus zur Wehr setzt.

(Mauro Stefanini, 1948-2005)

Anmerk. d. Red. Der Text wurde stellenweise gekürzt und aktualisiert

- (1) „Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, dass sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andererseits dadurch, dass sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft stets die Interessen der Gesamtbewegung vertreten.“ (Manifest der Kommunistischen Partei)
- (2) W.I. Lenin: Der Krieg und die russische Sozialdemokratie, in Ausgewählte Werke Bd. II, Seite 473.
- (3) W.I. Lenin: Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution, Ausgewählte Werke Bd. III, Seite 100
- (4) Ebenda Seite 102
- (5) Lenin war in dieser Frage sehr unnachgiebig: „Der Zimmerwalder Sumpf darf nicht länger geduldet werden. Es geht nicht an, der Zimmerwalder Kautskyaner wegen die halbe Verbindung mit der chauvinistischen Internationale der Plechanow und Scheidemann länger aufrechtzuerhalten. Man muss unverzüglich mit dieser Internationale brechen. Man soll nur zur Information in Zimmerwald bleiben. Gerade wir müssen, gerade jetzt, ohne Zeit zu verlieren, eine neue, revolutionäre, proletarische Internationale gründen, oder richtiger gesagt, wir dürfen uns nicht fürchten, vor aller Welt zu erklären, dass sie schon gegründet ist und wirkt“
- (6) W. I. Lenin: Brief an die Arbeiter Europas und Amerikas, in Ausgewählte Werke Bd. IV. Seite 715.
- (7) Die Kommunistische Internationale, Bd. I, Seite 9, Köln 1984.

- (8) Onorato Damen: „Al Congresso di Bologna ebbero paura di dire no alle politica possibilista del Internazionale“, in Prometeo II Nr. 8 Januar-Juni 1966.
- (9) Brief von Amadeo Bordiga an Karl Korsch, in Klopotek, Felix (Hrsg.): Christian Riechers – Niederlage in der Niederlage, Münster 2009, Seite 180.
- (10) „ II. Der demokratische Zentralismus der revolutionären Organisation bedeutet nicht die Übertragung der bürgerlichen Demokratie auf die revolutionäre politische Organisation der ArbeiterInnenklasse. Er drückt vielmehr die Notwendigkeit der organisatorischen Zentralisierung auf der einen Seite und den Charakter der kommunistischen Organisation auf der anderen Seite aus.  
III: Die kommunistische Organisation charakterisiert sich durch den Umstand, dass sie ausschließlich aus Militanten besteht, die nicht nur mit der politischen Plattform und dem Programm übereinstimmen, sondern sich darüber hinaus eigenständig einen proletarischen Klassenstandpunkt auf der Basis des historischen Materialismus und der Kritik der politischen Ökonomie angeeignet haben. Sie haben sich entschieden ihre eigene Aktivität nach diesen Prinzipien und den von ihnen entwickelten Aktionsprogramm auszurichten.“ (Thesen über die Statuten des PCInt, VI. Kongress, 1997.
- (11) Resolution über die internationale Arbeit des VI. Kongresses des PCInt.
- (12) These der Bordigisten von der Unveränderbarkeit der marxistischen Prinzipien seit 1848
- (13) Resolution des IBRP: Die RevolutionärInnen angesichts des Krieges und der gegenwärtigen Situation der ArbeiterInnenklasse.

## Solidaritätsaufruf für koreanische InternationalistInnen

Die AktivistInnen der Socialist Workers League of Korea sind weiterhin von der Repression des Staates bedroht und brauchen dringend Unterstützung. Wir erhielten den folgenden internationalen Aufruf der 8 angeklagten GenossInnen der SWLK:

„Das Gericht hat folgendes Urteil gefällt:

1) Oh Se-cheol, Yang Hyo-sik, Yang Joon-seok and Choi Young-ik wurden wegen Verstoß gegen das Nationale Sicherheitsgesetz zu 1 1/2 Jahren Haft verurteilt, die Strafe wurde jedoch für drei Jahre auf Bewährung ausgesetzt. Zusätzlich wurden sie zu einer Geldstrafe von 500 000 Won (ca. 500 Dollar) wegen Verstoß gegen das Versammlungs- und Demonstrationsrecht verurteilt.

2) Park Joon-seon, Jeong Won-hyun, Nam-goong Won and Oh Min-gyu wurden wegen Verstoß gegen das Nationale Sicherheitsgesetz zu einem Jahr Haft verurteilt. Die Strafe wurde für 2 Jahre auf Bewährung ausgesetzt. Auch sie wurden zu einer Geldstrafe von 500 000 Won wegen Verstoßes gegen das Versammlungs- und Demonstrationsrecht verurteilt.

Diese Gerichtsentscheidung hat folgende Konsequenzen:

1) Die SWLK (Socialist Workers League of Korea) wird als eine Organisation angesehen, die durch Propaganda und Agitation die nationale Sicherheit gefährdet und gegen Artikel 7 des Nationalen Sicherheitsgesetzes verstößt.

Dies zeigt einmal mehr den Charakter der koreanischen Justiz, die als Teil des Staatsapparates im Dienste der kapitalistischen Klasse steht.

2) Die Aussetzung der Strafen auf Bewährung kann als Resultat der koreanischen und internationalen Protestbewegung gesehen werden. Die Aussetzung auf 3 Jahre Bewährung bedeutet, dass die Verurteilung nur unter der Bedingung nach 3 Jahren ablaufen kann, dass keine weiteren Straftaten oder Verurteilungen vorliegen. Wenn es aber in den nächsten 3 Jahren zu einer weiteren Verurteilung kommt, tritt die Haftstrafe in Kraft und wird auf andere Verurteilungen angerechnet. Die vorübergehende Aussetzung auf Bewährung ist also nur geringfügig besser als eine unmittelbar verhängte Haft.

3) Wir die 8 Angeklagten werden gegen dieses Urteil vor dem Obersten Gerichtshof Revision einlegen. Wir leben und handeln weiterhin als revolutionäre SozialistInnen und werden uns von der politischen Repression des koreanischen Staatsapparates nicht einschüchtern lassen.

Wir danken allen SozialistInnen und ArbeiterInnen die uns in unserem Gerichtsverfahren weltweit unterstützt haben. Bitte richtet den GenossInnen in aller Welt unseren Dank aus.“

Um ihre Arbeit weiterzuführen und die Geldstrafen und Gerichtskosten bezahlen zu können sind die GenossInnen dringend auf Spenden angewiesen. Geld kann über den Paypal Account der IKT unter [www.leftcom.org](http://www.leftcom.org) (Stichwort Südkorea) oder besser an [Irgoldner\(at\)yahoo.com](mailto:Irgoldner(at)yahoo.com) geschickt werden.

## Politisches Selbstverständnis der Gruppe Internationaler SozialistInnen

*„Die bürgerliche Gesellschaft steht vor einem Dilemma: Entweder Übergang zum Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei! Wir stehen vor der Wahl: entweder Triumph des Imperialismus und Untergang jeglicher Kultur wie im alten Rom, Entvölkerung, Verödung, Degeneration, ein großer Friedhof. Oder Sieg des Sozialismus, das heißt der bewussten Kampffraktion des internationalen Proletariats gegen den Imperialismus und seine Methode: den Krieg. Dies ist das Dilemma der Weltgeschichte, ein Entweder-Oder, dessen Waagschalen zitternd schwanken vor dem Entschluss des klassenbewussten Proletariats.“*

Rosa Luxemburg 1915

An der Schwelle des 21. Jahrhunderts haben diese Worte Rosa Luxemburgs nicht an Aktualität verloren. Nach wie vor ist der Kapitalismus unfähig der übergroßen Mehrheit der Menschheit ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Während Banken und Konzerne Rekordgewinne einfahren, werden immer mehr Leute auf die Straße gesetzt und die Angriffe auf die Lohnabhängigen zum Wohle des nationalen Wirtschaftsstandortes forciert. Während Wissenschaft und Technik sich stetig entwickeln, sterben tagtäglich Tausende an Hunger und leicht heilbaren Krankheiten, werden die ökologischen Ressourcen dieses Planeten immer weiter vernichtet, werden die Ausgebeuteten und Unterdrückten mit dem Gift des Nationalismus in immer wahnwitzigere Kriege gehetzt, in denen sie nichts zu gewinnen aber alles zu verlieren haben. Während uns die Apologeten dieses Systems das hohe Lied der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie vorkrächzen, wird der Überwachungsstaat immer weiter perfektioniert, das rassistische Projekt der Festung Europa vorangetrieben. Menschen, die vor Hunger und Krieg fliehen werden abgeschoben, rassistische Ideen und faschistische Parteien gewinnen an Akzeptanz. Angesichts des alltäglichen Wahnsinns des Kapitalismus ist die Entwicklung von Widerstand und „rücksichtslose Kritik alles Bestehenden, rücksichtslos sowohl in dem Sinne, dass diese Kritik sich nicht vor ihren Resultaten fürchtet und ebenso wenig vor den vorhandenen Mächten“ (Karl Marx) heute notwendiger denn je.

Zugegeben, die Bilanz des letzten Jahrhunderts ist für denjenigen Teil der Linken der grundlegende gesellschaftliche Veränderungen anstrebte, nicht gerade positiv. Seit dem Erscheinen des Kommunistischen Manifestes hat die revolutionäre Linke wenig Erfolge aber viele Niederlagen zu verzeichnen und ist heute nur noch ein Schatten ihrer selbst. An der stalinistischen Degeneration der Oktoberrevolution, der Niederlage der revolutionären Bewegung der 20er Jahre und der fast vollständigen Vernichtung einer ganzen Generation revolutionärer KommunistInnen durch den Stalinismus krankt sie noch heute.

Gleichzeitig ist es dem Stalinismus und der Sozialdemokratie im letzten Jahrhundert vortrefflich gelungen die Idee des Sozialismus als emanzipatorische Alternative zum Kapitalismus westlicher wie östlicher Prägung grundlegend zu diskreditieren. Um diese Bilanz in der Zukunft umzudrehen gilt es, anknüpfend an den Erfahrungen und theoretischen Errungenschaften des Bundes der Kommunisten, der Ersten, Zweiten und Dritten Internationale und den antistalinistischen revolutionären Strömungen der 20er und 30er Jahre die Ideen des revolutionären Marxismus in den sozialen Bewegungen und Kämpfen wiederzubeleben. Die Gruppe Internationaler SozialistInnen will hierzu einen Beitrag leisten.

Programmatischer Ausgangspunkt unserer Aktivität ist die Feststellung dass,

- **„auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft für die Beseitigung der kapitalistischen Anarchie kein Kräutlein gewachsen ist“** (Rosa Luxemburg), der Kapitalismus folglich weder abgewählt noch menschenwürdig verwaltet werden kann;
- der Kapitalismus als weltumfassendes System nur international bekämpft und überwunden werden kann;
- es im Zeitalter des imperialistischen Krieges keine richtige Seite geben kann und es weder Vaterländer noch Staaten sondern einzig die Klasseninteressen des internationalen Proletariats zu verteidigen gilt;
- jedes Zugeständnis an den Nationalismus zum Schluß mit der eigenen Herrschenden Klasse führt und konsequenter Internationalismus kein moralisches Gebot sondern eine grundlegende Ausgangsbedingung emanzipatorischer Politik ist;
- Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Homophobie der Spaltung der Lohnabhängigen dienen und von revolutionären MarxistInnen entschieden zurückgewiesen und bekämpft werden müssen;
- der Aufbau einer integrierten revolutionären Bewegung eine bewusste Minderheitenpolitik mit den unterdrücktesten Sektoren der Klasse voraussetzt;
- die sog. „realsozialistischen Länder in keinster Weise „antikapitalistisch“, „progressiv“ oder „fortschrittlich“ waren, sondern besonders brutale Formen des Staatskapitalismus darstellten;
- der Sozialismus in seinem Ziel und auf seinem ganzen Wege ein Kampf für die Verwirklichung der Freiheit ist und von daher die bewusste Überwindung aller Fetische der bürgerlichen Gesellschaft namentlich des Staates, der Familie, der Ware, des Geldes, des Marktes, des Tausches und der Lohnarbeit im Weltmaßstab voraussetzt;
- die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann und eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückte niemals durch auch noch so wohlmeinende Minoritäten und Eliten, sondern nur durch die Selbstorganisation und Selbstemanzipation der Ausgebeuteten und Unterdrückten erreicht werden kann.
- sich revolutionäre Politik daran messen lassen muss, jeden noch so kleinen Schritt in diese Richtung zu unterstützen.

Gruppe Internationaler SozialistInnen

## **Die weltweite Krise erfordert den wirklichen Klassenkampf!**

Die weltweite Krise, die im Finanzsektor und der sog. Realwirtschaft enorme ökonomische Verwüstungen anrichtete, hat nach wie vor fatale Auswirkungen auf das internationale Proletariat. Die Wirtschaft kommt nicht in Gang, die Arbeitslosigkeit steigt und mit ihr die Ausweitung ungesicherter Beschäftigungsverhältnisse. Die Jungen trifft es am härtesten. Viele sind dazu verdammt untätig zuhause zu sitzen, während andere sich zu Hungerlöhnen in befristeten Jobs abstrampeln müssen. Investitionen bleiben aus. Die Verwertungskrise und die sinkende Profitrate heizt die Spekulation auf Rohstoffe wie Öl aber auch Getreide weiter an, was unweigerlich die Preise von Grundnahrungsmitteln in die Höhe treibt. In den unterentwickelten Ländern hat dies trotz der Brotrevolten zu einer weiteren Verarmung großer Teile der arbeitenden Bevölkerung geführt.

Dort wo es sie überhaupt noch gibt, werden Sozialleistungen unablässig gekürzt. Der Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung, Renten und Arbeitslosenunterstützung wird immer schwieriger. Immer mehr Arme und Besitzlose müssen unterhalb der offiziellen „Armutsgrenze“ dahinvegetieren.

Die reichen kapitalistischen Länder sind nicht mehr in der Lage den ArbeiterInnen einige Sicherheiten zu garantieren. Löhne, Arbeitsplätze und Sozialleistungen werden unweigerlich gekürzt und abgebaut. In den weniger entwickelten Ländern trifft die Krise geographisch und zeitgleich mit einer Rebellion gegen Hunger und Armut zusammen. Eine der tragischen Auswirkungen dieser Entwicklung ist der Exodus von Hunderttausenden von Flüchtlingen die verzweifelt versuchen vor Armut, Arbeitslosigkeit und aufflackernden Bürgerkriegen zu fliehen die sich wie Strohfeuer ausbreiten.

Es ist eine Migrationswelle, die ProletarierInnen aus den ärmsten kapitalistischen Gegenden in die reicheren Zentren fliehen lässt, die jedoch ebenso von derselben Krise erschüttert werden, und somit kaum einen Ausweg aus der Armut eröffnen. Es ist eine Flucht mit vielen falschen Hoffnungen und Illusionen in ein neues aber sicheres Schicksal in erniedrigender Ausbeutung oftmals als Erntehelfer auf Kartoffel- und Tomatenfeldern, ohne sichere Unterkunft und unter menschenunwürdigen Bedingungen. Und das auch nur, wenn alles einigermaßen „gut“ geht. Ansonsten finden viele vor dem Ende ihrer Reise ihr Grab auf dem offenen Meer. Die Krise, die sich in den ersten Jahren des Millenniums entwickelte, ist durch permanente Kriege, Bürgerkriege und latente innerimperialistische Konflikte gekennzeichnet. Erst in Afghanistan und im Irak, dann im Maghreb und im Mittleren Osten sowie auf der ganzen arabischen Halbinsel,

nun im Sudan, im Tschad und der Elfenbeinküste. Das ist der Kapitalismus, die Profitmaschine, das Instrument der Ausbeutung, der Produzent von Armut und Krieg, der sich nur zum Vorteil einer herrschenden Klasse als Wirtschaftssystem am Leben erhalten kann. Noch nie zuvor war die Losung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ so aktuell und notwendig wie in dieser Periode.

Um nicht zu verhungern, muss sich das Proletariat im Maghreb gegen die korrupten und diktatorischen herrschenden Klassen wehren. Die europäische ArbeiterInnenklasse muss gegen jene kämpfen, die Sozialleistungen abbauen, die Ausbeutung verschärfen und damit das Elend und die Arbeitslosigkeit der sog. „neuen Armen“ hervorbringen. Aber der Klassenkampf darf hierbei nicht stehen bleiben. Wir können uns nicht darauf begrenzen lediglich einen Diktator oder eine Regierung loszuwerden, ohne die kapitalistischen Produktionsverhältnisse grundlegend infrage zu stellen. Sie sind die Ursache für die ökonomische Krise, die die jeweiligen Regierungen verwalten wollen. Die Wut und Kampfbereitschaft muss zu einer gegenseitigen Solidarität der ArbeiterInnen auf beiden Seiten des Mittelmeers führen. Selbst wenn einige Diktatoren verjagt und ein paar Minister ausgetauscht werden, bleibt immer noch die Krise und mit ihr die imperialistischen Spannungen.

Egal ob nun in Washington oder in Peking – die ArbeiterInnen müssen sich gegen die falsche „Demokratie“ und den falschen „Kommunismus“ zur Wehr setzen. Angesichts der nicht enden wollenden Krise, der weltweiten Armut, der Zunahme von Massakern und Kriegen und der dramatischen Umweltzerstörung, die das logische Resultat dieser absurden Produktionsweise ist, müssen die Kämpfe eine gemeinsame politische internationale Dimension mit einer klaren antikapitalistischen Stoßrichtung annehmen. Auch wenn dies eine absolute Notwendigkeit für die Wiederbelebung des Kampfes ist, ist es für sich genommen ohne ein alternatives soziales Projekt mit einem klaren Programm und einer kohärenten Strategie und Taktik noch nicht ausreichend.

Ohne eine revolutionäre Klassenpartei wird jeder Versuch der Revolte, jeder politische und soziale Kampf unweigerlich vom System absorbiert werden. Es wäre sprichwörtlich so, dass sich alles ändert, nur damit alles beim Alten bleibt.

Angesichts erniedrigender Ausbeutungsverhältnisse macht es keinen Sinn den 1. Mai als „Tag der Arbeit“ abzufeiern. Der 1. Mai muss wieder zum Ausgangspunkt für die Wiederaufnahme des Klassenkampfes und die Abschaffung der Lohnarbeit werden!

**Internationalistische Kommunistische Tendenz**